



GESCHÄFTSBERICHT

11

DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
Kommunalkredit Austria AG
Kommunikation & Marketing
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/31 6 31, Fax-DW: 503
communication@kommunalkredit.at
www.kommunalkredit.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
Ungargasse 59-61, 1030 Wien



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24).
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DES VORSTANDES	5
ORGANE DER GESELLSCHAFT	7
EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG	9
LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Kommunale Rahmenbedingungen	11
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	12
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	16
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	19
Zweigniederlassungen	21
Forschung und Entwicklung	21
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	21
Risikomanagement	22
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	33
Nachhaltigkeit	34
Compliance und Geldwäsche	35
Prognosebericht	36
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	38
EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG	39
Bilanz	40
Gewinn- und Verlustrechnung	43
ANHANG ZUM EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011	45
BESTÄTIGUNGSVERMERK	68
ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	70



VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne unterbreiten wir Ihnen den Jahresbericht 2011 der Kommunalkredit Austria AG (KA). Die KA ist aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) im Jahr 2009 hervorgegangen, welche im Jahr 2008 infolge von akuten Liquiditätsproblemen verstaatlicht worden war. Die KA hält das strategische Kerngeschäft im kommunalen und öffentlichen Finanzierungssektor, wobei der Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten seit Beginn der Restrukturierung auf das kommunale und öffentliche Infrastrukturprojektgeschäft verlagert wird. Insbesondere werden die Sektoren

- Soziale Infrastruktur
- Energie und Umwelt sowie
- Verkehr

betreut. Im Geschäftsjahr 2011 konnte diese strategische Repositionierung weiterhin positiv ausgebaut und entwickelt werden. Insgesamt wurden Finanzierungen für Projekte im Ausmaß von EUR 665,7 Mio. in Österreich und im benachbarten Ausland kommittiert. Das operative Ergebnis von EUR 29,1 Mio. (vor Berücksichtigung der Stabilitätsabgabe) hat sich positiv entwickelt und lag über Plan. Aufgrund der neuen Geschäftsstrategie konnte der Zinsüberschuss nach IFRS als auch nach UGB um 3,0 % bzw. 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Außerhalb des Kerngeschäftes kam es im Wertpapierportfolio infolge der Griechenlandumschuldung zu einem einmaligen Vorsorge- und Bewertungsbedarf von EUR 176,3 Mio. nach IFRS bzw. EUR 175,8 Mio. nach UGB, sodass das Gesamtergebnis nach IFRS mit EUR -148,8 Mio. bzw. EUR -119,5 Mio. nach UGB negativ ist. Wie zum Halbjahr 2011 berichtet, hatte die KA Griechenlandobligo im Ausmaß von EUR 224,2 Mio., welches in weiterer Folge auf EUR 150 Mio. reduziert werden konnte. Nach Implementierung der Umschuldung hat die KA ein Obligo an der Republik Griechenland im Ausmaß von EUR 17,1 Mio. Neben Griechenland

hatte die KA für das Geschäftsjahr 2011 keine sonstigen Risikovorsorgen zu bilden. Nach UGB wurde im vergangenen Geschäftsjahr eine Pauschalvorsorge nach § 57 BWG im Ausmaß von EUR 32,1 Mio. aufgelöst, sodass der Jahresverlust nach UGB entsprechend niedriger ist. Derartige Vorsorgen können nach IFRS nicht gebildet werden.

Die Eigenmittel betragen zum 31.12.2011 EUR 363,9 Mio. Der Rückgang von EUR 517,1 Mio. zum 31.12.2010 reflektiert das negative Gesamtergebnis. Das Kernkapital beträgt EUR 290,8 Mio., nach EUR 411,4 Mio. zum 31.12.2010. Die resultierende Eigenmittelquote von 15 % und die Tier 1-Ratio von 12 % unterstreichen die starke Kapitalbasis der Bank. Die KA bezieht keine laufende staatliche Unterstützung.

Das strategische Kerngeschäft im kommunalen und öffentlichen Infrastrukturbereich konnte 2011 erfreulich ausgebaut werden. Die KA bietet mit Ihrer Finanzierungs- und Beratungsexpertise zu infrastrukturellen Projekten österreichischen Gemeinden und Städten sowie den Errichtern von Infrastrukturprojekten eine wichtige Unterstützung. Dies ist gerade vor dem Hintergrund angespannter Budgets kommunaler und öffentlicher Haushalte wichtig und für die österreichische Wirtschaft von hoher Relevanz. Über Schwerpunktthemen wie „Initiative Pflege“, „Initiative Erneuerbare Energie“, „Initiative Licht“ und ähnliche Maßnahmen unterstützt die KA Österreichs Kommunen und öffentliche Stellen bei ihren Aufgaben in diesen wichtigen Bereichen.

Für die Tochtergesellschaft Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC), als spezialisierter Anbieter für das Management von Förderungsprogrammen des Bundes und Beratungsdienstleister für internationale Organisationen und Finanzinstitutionen, war das Geschäftsjahr 2011 wiederum sehr erfolgreich. Das Antragsvolumen ist auf 45.500 Einzelanträge (2010: 33.000) gestiegen, wobei der Großteil des Anstiegs aus Förderinitiativen wie Photovoltaik und

thermische Gebäudesanierung resultierte. Insgesamt wurden Förderungen im Ausmaß von EUR 524,2 Mio. ausbezahlt, denen ein Investitionsvolumen von EUR 2,7 Mrd. zugrunde liegt, woraus die positiven Konjunktoreffekte deutlich sichtbar sind.

Im Beratungssegment konnten wichtige Mandate von Auftraggebern wie Europäische Investitionsbank (EIB), Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sowie Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gewonnen werden.

Die Kommunalnet E-Government Solutions GmbH (Kommunalnet) ist das führende Arbeits- und Informationsportal für österreichische Kommunen und konnte die Marktpräsenz erfreulich ausbauen; 2.153 Gemeinden nutzen das Kommunalnet; dies entspricht einer Marktdurchdringung von 91,4 %; 10.500 Personen sind zugangsberechtigt.

Der Ministerrat hat im November 2011, auf Basis der Vereinbarungen der Republik Österreich mit der Europäischen Union im Rahmen der Restrukturierung der Bank, einen Privatisierungsauftrag erteilt. Mit der Durchführung beauftragt ist die Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG), welcher die Aktien der KA von der Republik Österreich am 17.02.2012 treuhänderisch übertragen wurden.

Kostentransparenz und -effizienz über den gesamten Lebenszyklus von Infrastrukturprojekten haben auch aufgrund eingeschränkter budgetärer Spielräume stark an Bedeutung

gewonnen. Dieser Trend wird sich weiterhin fortsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die KA mit ihrem neuen Geschäftsmodell strategisch sehr gut positioniert. Die Bank wird auf dieser Basis ihre ertragsorientierte, auf nachhaltige und problemlösungsorientierte Kundenbeziehungen ausgerichtete Marktstrategie konsequent fortsetzen. Die Servicepalette wird dabei laufend erweitert. Neben umfassenden Finanzierungs- und Beratungsdienstleistungen werden auch selektive Möglichkeiten für die Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen aus Infrastrukturfondsmitteln geschaffen.

Für das laufende Geschäftsjahr 2012 erwartet die KA wieder ein positives Gesamtjahresergebnis. Der Ergebnisverlauf des ersten Quartals 2012 unterstützt diese Erwartung. Aufgrund bestehender Auflagen aus der Vereinbarung der Republik Österreich mit der Europäischen Union werden jedoch auf gewinnabhängige Instrumente keine Dividenden geleistet werden, da Jahresüberschüsse durch kompensatorische Eigenbeiträge der Bank an die Republik Österreich für die im Jahr 2009 erhaltene Unterstützung zu leisten sein werden.

Wir möchten uns bei Aktionären, Aufsichtsrat, Kunden und Marktpartnern für die positive Zusammenarbeit während des letzten Jahres herzlich bedanken. Der Vorstand dankt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den engagierten Einsatz während des Jahres. Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KA werden sich den Herausforderungen in einem volatilen Marktumfeld auch im laufenden Geschäftsjahr mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude widmen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



ORGANE DER GESELLSCHAFT

VORSTAND

Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

AUFSICHTSRAT

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang

Dir. Mag. Werner Muhm
Direktor der Arbeiterkammer Wien und
Bundesarbeiterkammer

Dir. DI Herbert Paierl
Exec. Vice President Cosma Europe/Magna

Dir. Mag. Georg Schöppl
Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste

Franz Hofer
vom Betriebsrat entsandt

DI Martin Öhlknecht
vom Betriebsrat entsandt

Christine Sipek
vom Betriebsrat entsandt

STAATSKOMMISSÄR

Dr. Edeltraud Lachmayer

Staatskommissärin,
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Gerhard Gunz (seit 01.02.2012)

Staatskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Elisabeth Ottawa (bis 31.08.2011)

Staatskommissärin-Stellvertreterin,
Bundesministerium für Finanzen

REGIERUNGSKOMMISSÄR FÜR DEN DECKUNGSSTOCK FÜR FUNDIERTE BANKSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Mag. Peter Istjan

Regierungskommissär,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Peter Brandner

Regierungskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen



LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich nach einer Phase der Erholung im Jahr 2011 wieder deutlich abgekühlt. Ausschlaggebend war in erster Linie eine durch die Verschuldungssituation einzelner europäischer Staaten sowie auch durch die lange Zeit ungelöste Haushaltssituation in den Vereinigten Staaten bedingte Verunsicherung der Märkte. Das Misstrauen erfasste zudem die Realwirtschaft des Euro-Raumes. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verlangsamte sich im Jahresverlauf und betrug nach Prognosen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) für das Jahr 2011 1,5 %, nach 1,9 % im Jahr 2010. Neben Europa hat sich auch in den Schwellenländern und den USA die Konjunkturdynamik abgeschwächt.

In den europäischen Kernländern zeigte sich hingegen ein anhaltend starkes Wachstum, wobei die Wirtschaftsleistung

in Österreich nach den vorliegenden Daten von EUROSTAT 2011 um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr wuchs. Dabei war vor allem bei den Investitionsausgaben ein starker Anstieg zu verzeichnen. Für das Jahr 2012 wird jedoch ein kurzzeitiger Wachstumseinbruch in Österreich erwartet, wobei EUROSTAT ein BIP-Wachstum von 0,9 % prognostiziert.

Im Euro-Raum wird sich das Wachstum 2012 laut EUROSTAT voraussichtlich von 1,5 % auf -0,3 % abschwächen (laut IHS – Institut für Höhere Studien – von 1,4 % auf -0,2 %), u. a. bedingt durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie eine restriktivere Kreditvergabe in Zusammenhang mit erhöhten Eigenkapitalanforderungen für Banken. Allgemein wird das wirtschaftliche Umfeld vom Erfolg der Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenproblematik abhängig sein.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Europäische Staatsschuldenkrise

Die Marktsituation 2011 war durch massive Marktverwerfungen gekennzeichnet. Diese wurden ausgelöst durch die Schuldensituation Griechenlands und weiterer Länder des Euro-Raumes (i. e. Irland, Italien, Portugal, Spanien). Dies schlug sich u. a. in einer signifikanten Ausweitung der Risikomarge dieser Länder nieder, wobei die Entwicklungen zum Teil auch auf andere europäische Länder übergriffen. Die Marktverwerfungen wurden zudem verstärkt durch

- den Beschluss einer Privatsektorbeteiligung in der Griechenlandumschuldung (PSI – Private Sector Involvement) in Höhe von 21 % (PSI I) durch den Europäischen Rat am 21.07.2011
- die mangelnde Umsetzung der Beschlüsse aus dem PSI I

- die Ausweitung der Privatsektorbeteiligung (PSI II) im Rahmen der Beschlüsse des Europäischen Rats am 26. bzw. 27.10.2011
- die zögerliche Detaillierung und Umsetzung der jeweiligen Beschlüsse. Das PSI II wurde erst mit 21.02.2012 finalisiert und mit 24.02.2012 durch die griechische Regierung veröffentlicht (i. e. Verzichtsausweitung auf 53,5 %, Aufgabe der Freiwilligkeit etc.)

Vor allem die Privatbeteiligung sowie deren verzögerte Implementierung über die PSI-Programme haben zu einer wachsenden Unsicherheit über den Risikocharakter von Staatsanleihen der Euro-Zone geführt, welche durch das prozyklische Verhalten der Rating-Agenturen über die fortgesetzte Herabstufung zahlreicher Staaten der Euro-Zone verstärkt wurde. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat

am 13.01.2012 die Ratings von 16 Ländern der Euro-Zone zeitgleich herabgestuft.

Ab März 2010 fanden Verhandlungen auf europäischer Ebene mit Bezug auf die griechischen Staatsfinanzen statt. Diese führten in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Mai 2010 zu einem Maßnahmenpaket von EUR 110 Mrd. Nachdem sich dieses erste Unterstützungspaket von Europäischer Union (EU) und IWF als nicht ausreichend erwiesen hatte, kam es zu einem weiteren Vertrauensverlust auf den Märkten, was sich u. a. in einer weiteren Ausweitung der CDS-Spreads (Credit Default Swaps) peripherer Euro-Staaten zeigte. In weiterer Folge wurde die European Financial Stability Facility (EFSF) durch die Mitgliedsländer der EU implementiert. Dieses Stabilitätsprogramm der EU sollte die Refinanzierungssituation betroffener Euro-Länder stabilisieren und umfasste ein Volumen von EUR 440 Mrd. Weitere EUR 60 Mrd. wurden aus dem Haushalt der EU zur Verfügung gestellt; Maßnahmen des IWF umfassten zudem EUR 250 Mrd. Der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von EUR 500 Mrd. wurde im März 2011 beschlossen; dieser soll den EFSF, beginnend mit Mitte 2012, ablösen, wobei sich Ende März 2012 die Finanzminister der Euro-Gruppe auf eine vorübergehende Kombination der beiden Einrichtungen und damit auf eine Aufstockung der verfügbaren Mittel auf EUR 800 Mrd. einigten. Zusätzlich wurden 2011 auch seitens der EZB (Europäische Zentralbank) gezielte Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte gesetzt. Wesentliche Entscheidungen auf europäischer Ebene waren die Private Sector Involvement-Entscheidung (PSI I) zu Griechenland vom 21.07.2011, welche in Folge nicht umgesetzt wurde, sowie die PSI II-Entscheidung vom 26.10.2011; diesbezügliche Details wurden erst im Februar 2012 bekanntgegeben.

Weitere Maßnahmen seitens der Euro-Staaten betrafen zudem die verstärkte Integration budget- und haushaltspolitischer Parameter. Diese wurden Ende Jänner 2012 unter der Bezeichnung „Fiskalpakt“ durch alle EU-Länder mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien beschlossen und sehen eine stärkere Kontrolle bzw. Beteiligung der Europäischen Kommission im Management der nationalen Haushalte, die Verankerung von Schuldenbremsen in den Verfassungen der EU-Länder sowie schärfere Sanktionen bei Übertreten von Defizitgrenzen vor.

Private Sector Involvement (PSI) Griechenland

Am 21.07.2011 wurde im Rahmen eines Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) erstmalig eine Beteiligung des Privatsektors in Höhe

von 21 % (PSI I) am Umschuldungsprogramm für Griechenland beschlossen. In Folge der Unsicherheit und Verzögerung bei der Umsetzung der Beschlüsse kam es jedoch zu einem Übergreifen der Marktanspannungen auf weitere Länder der Euro-Zone, insbesondere Italien und Spanien. Die Beschlüsse aus dem PSI I wurden daraufhin in einem weiteren Gipfeltreffen am 26.10.2011 überarbeitet und durch den EU-Ministerrat ein freiwilliger Schuldenschnitt für Griechenland in Höhe von 50 % vereinbart, der durch die Republik Griechenland und die privaten Gläubiger ausgearbeitet werden sollte (PSI II). Die Details wurden in Folge wiederum nicht festgelegt, erst mit Beschluss vom 21.02.2012 spezifiziert und durch die griechische Regierung am 24.02.2012 publiziert.

Am 09.03.2012 publizierte die Republik Griechenland das Abstimmungsergebnis der Umschuldung unter dem mit dem Internationalen Bankenverband (IIF) vereinbarten und am 24.02.2012 veröffentlichten Private Sector Involvement (PSI II).

Das PSI II wurde wie folgt umgesetzt:

- Schuldverzicht Nominale in Höhe von 53,5 %
- Tausch in 31,5 % neue griechische Anleihen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren und einer Verzinsung von 2 % bis 4,3 % p. a.
- Tausch in 15 % EFSF-Anleihen mit ein bis zwei Jahren Laufzeit
- Besserungsrecht auf bis max. 1 % zusätzlichem Kupon auf neu getauschte Anleihen abhängig vom BIP-Wachstum Griechenlands
- Zahlung der Stückzinsen aushaftender alter Anleihen in Form von kurzfristigen EFSF-Anleihen
- Retroaktive Einführung von Collective Action Clauses (CACs) bei Anleihen nach griechischem Recht durch Griechenland am 23.02.2012
- Aufgabe des Prinzips der Freiwilligkeit durch Auslösung der CACs am 09.03.2012. Dies verursachte in Folge ein Credit Event bei aushaftenden CDS-Verträgen nach ISDA-Kriterien (International Swaps and Derivatives Association); Beschlussfassung durch ISDA am 09.03.2012

Die Durchführung des Umtausches der privat gehaltenen Staatsanleihen erfolgte mit 12.03.2012. Die finalen Preise der CDS wurden im Rahmen einer Auktion der ISDA am 19.03.2012 mit 21,5 % bestimmt.

Finanzmärkte und EZB-Maßnahmen

Im Rahmen der Debatte um die Euro-Schuldenkrise wurden von vielen Beobachtern Unterstützungmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) durch Ankauf von Staatsanleihen betroffener Euro-Staaten gefordert. Dies wurde – wenn auch nur indirekt – durch Ankäufe von Staatsanleihen seitens der EZB gegen Ende des Jahres 2011/Anfang 2012 zum Teil umgesetzt.

Ende November 2011 einigten sich zudem die wichtigsten Notenbanken der Welt auf eine konzertierte Aktion zwischen EZB, Federal Reserve sowie den Notenbanken von Großbritannien, Japan, Kanada und der Schweiz. Maßnahmen zur Lockerung der angespannten Geld- und Kapitalmärkte wurden getroffen, indem der Zugang zu Fremdwährungsmitteln erleichtert und die Kosten für USD-Swaps gesenkt wurden.

Nach der massiven Verschlechterung der Geld- und Kapitalmärkte im Laufe des Geschäftsjahres haben die im Dezember 2011 bzw. Februar 2012 durchgeführten Maßnahmen der EZB über den Drei-Jahrestender (LTRO – Long-Term Refinancing Operation) insbesondere im 4. Quartal zu einer Stabilisierung auf den Märkten geführt, womit sich zunächst auch eine Trendumkehr bei den Refinanzierungsaufschlägen von Staatsanleihen eingestellt hat. Zudem hat sich die Refinanzierungssituation für Banken auf den Märkten deutlich entspannt.

Öffentliche Konsolidierungsmaßnahmen in Österreich

Die österreichische Regierung hat zur Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes im Dezember 2011 einen Stabilitätspakt beschlossen, der für Bund, Länder und Gemeinden verbindlich ist und dessen Einhaltung von Statistik Austria und Rechnungshof kontrolliert wird. Der Stabilitätspakt sieht eine schrittweise Reduktion des Budgetdefizits von 3,3 % im Jahr 2012 auf 2,4 % im Jahr 2014 vor. Ab 2017 soll das strukturelle Defizit des Bundes nicht höher als 0,35 % des BIP sein, während die Defizitgrenze für Länder und Kommunen bei 0,1 % des BIP liegt.

Zudem wurde im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspakts 2011, der Ende 2011 rückwirkend mit 01.01.2011 in Kraft trat, vereinbart, dass Bund, Länder und Gemeinden rechtlich verbindliche Haftungsobergrenzen für übernommene Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen etc. festlegen. Dazu wurden neben den bundes- und landesgesetzlich festzulegenden Haftungsobergrenzen auch Informationspflichten sowie die Bildung von Risikovorsorgen vereinbart.

In Ergänzung zum Stabilitätspakt wurde am 10.02.2012 ein Sparpaket im Gesamtausmaß von EUR 26 Mrd. bis 2016 beschlossen, das eine Kombination von Maßnahmen zur Reduktion der Staatsausgaben sowie zur Steigerung der Staatseinnahmen umfasst.

KOMMUNALE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Gemeindefinanzbericht 2011, der von der Kommunalcredit Austria gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund mittlerweile zum siebten Mal herausgegeben wurde, zeigt, dass die Gemeinden im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten, unterstützt von den Gemeindeaufsichtsbehörden, ihren Haushalt in den Jahren 2010 und 2011 gut konsolidieren konnten.¹

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Verringerung des „strukturellen Defizits“ (Saldo der Gesamteinnahmen abzüglich Schuldenaufnahme und Gesamtausgaben abzüglich Tilgungen) um 77 % auf EUR -115 Mio.
- Einsparungen bei sechs von neun Nettoausgabenkategorien

- Anstieg bei Sozialausgaben, welche nicht in der Kontrolle der Gemeinden stehen
- Abgangsgemeinden um 31 % auf 1.131 reduziert
- Freie Finanzspitze mit EUR +7 Mio. entgegen Prognosen leicht positiv
- Finanzschuld auf stabilem Niveau von EUR 11,7 Mrd.
- Andauernde Zinseinsparungen aufgrund niedrigen Zinsniveaus
- Anstieg der Ertragsanteile im Jahr 2011

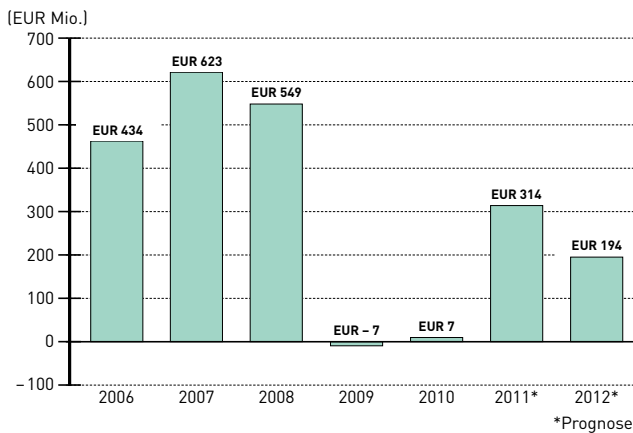
Die Gemeinden konnten dies aus eigener Kraft, ohne Erhebung neuer Steuern oder erweitertem Rückgriff auf bestehende Reserven, vor allem durch Einsparungen beim Verwaltungs- und Investitionsaufwand erreichen. Dies ist vor dem Hintergrund eines schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes sowie eines nach wie vor stark anhaltenden Ausgabendrucks in den durch bundes- bzw. landesge-

1) Online verfügbar unter www.kommunalcredit.at/uploads/Gemeindefinanzbericht11InternetL019_6055_DE.pdf

setzlichen Vorgaben bestimmten Bereichen soziale Wohlfahrt/Pflege (+8,3 %) und Gesundheit (+5,0 %) beachtlich.

Die freie Finanzspitze (Saldo der laufenden Gebarung abzüglich Tilgungszahlungen), einer der wichtigsten Indikatoren für das freie Gestaltungsvermögen der Gemeinden, war im Jahr 2010 mit EUR +7 Mio. leicht positiv und lag damit deutlich über dem Prognosewert. Auch für das zum Berichtzeitpunkt noch nicht vorliegende kommunale Haushaltsergebnis 2011 wird eine weitere Erholung der freien Finanzspitze erwartet; dies insbesondere durch erhöhte Einnahmen aus Ertragsanteilen aufgrund des positiven Budgetverlaufs im Jahr 2011.

Entwicklung der freien Finanzspitze (ohne Wien, in EUR Mio.)



Quelle: Gemeindefinanzenbericht 2011 der Kommunalkredit Austria.

Mit der positiven Entwicklung der Ertragsanteile ist, trotz anhaltendem Konsolidierungsbedarf öffentlicher Haushalte, mit einer selektiven Belegung der kommunalen Investitionstätigkeit zu rechnen. Diese betragen üblicherweise etwa 40 % des öffentlichen Investitionsvolumens.

Ein anhaltend hohes Investitionsvolumen auf kommunaler Ebene ist sowohl unter dem Aspekt einer weiterhin qualitativ hochstehenden Infrastruktur als auch in Hinblick auf die resultierenden positiven Konjunkturreffekte relevant. Die Verbreiterung der Finanzierungsbasis für Infrastrukturinvestitionen ist daher von besonderer Bedeutung, vor allem vor dem Hintergrund begrenzter budgetärer Spielräume, welche eine Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen über Budgetmittel alleine nicht zulassen.

Die Kommunalkredit als Kompetenzzentrum für das Kommunale bietet diesbezüglich umfangreiche Dienstleistungen und Lösungsansätze. Diese reichen von der traditionellen Finanzierung über Projektfinanzierungen bis zur Entwicklung von partnerschaftlichen Konzepten mit Übernahme von Risiken durch Betreiber- und Errichtungsgesellschaften. Neben der Erschließung zusätzlicher Kapitalquellen steigt damit die Kostentransparenz über den Lebenszyklus eines Projekts.

WESENTLICHE EREIGNISSE DES GESCHÄFTSJAHRES

Geschäftsverlauf 2011

Die Kommunalkredit Austria AG (KA) agiert seit der Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit (KA alt) im Jahr 2009 als Kompetenzzentrum für kommunalnahe und infrastrukturelle Projektlösungen. Mit der anerkannten Beratungs- und Fachkompetenz des KA-Teams unterstützt die Bank ihre Kunden, Projekte für soziale Infrastruktur, Energie, Umwelt und Verkehr nachhaltig erfolgreich umzusetzen. Neben den engen Kundenbeziehungen zu mehr als zwei Drittel der österreichischen Kommunen hält die KA zudem Beziehungen zu allen führenden Infrastruktur- und Projektberatern und -betreibern des Landes sowie zu öffentlichen Entscheidungsträgern im kommunalnahe und infrastrukturnahen Bereich.

Im Jahr 2011 wurde der Ausbau des strategischen Kerngeschäftes der KA weiter vorangetrieben. Insbesondere zielte die Geschäftstätigkeit der Bank dabei auf die Bereiche

- Soziale Infrastruktur (Pflegeheime, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)
- Energie & Umwelt (nachhaltige Energieträger)
- Verkehr (Straße, Schiene)

Zum Leistungsangebot der Bank zählen dabei insbesondere

- Projektberatung
- umfassende, individuelle Finanzierungslösungen
- Veranlagungen
- Risikomanagementmaßnahmen

- Management von Förderungs-, Energie- und Klimaschutzprogrammen

Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten budgetären Situation kommunaler und öffentlicher Haushalte sowie dem Erreichen öffentlicher Verschuldungsgrenzen ist die KA mit ihrem strategischen Schwerpunkt auf dem kommunalen und infrastrukturellen Projektgeschäft sehr gut positioniert. Das Investitionsverhalten des öffentlichen bzw. öffentlichkeitsnahen Bereichs ist zunehmend durch die Bedachtnahme auf langfristige budgetäre Auswirkungen der jeweiligen Investitionsentscheidung geprägt. Dadurch steigt die Nachfrage nach projektorientierten Lösungsansätzen für kommunalnahe und infrastrukturelle Investitionsvorhaben.

Als spezialisierter Anbieter betreibt die 90%ige Tochtergesellschaft der KA, die Kommunalkredit Public Consulting (KPC), den Bereich Förderungsmanagement sowie die Beratung für internationale Organisationen und Finanzinstitutionen. Im Förder- und Programmmanagement liegen die Schwerpunkte in erster Linie auf dem Umwelt- und Klimaschutzbereich sowie auf dem internationalen Carbon-Markt. Im Jahr 2011 wurden im Rahmen der Abwicklung von Förderungsprogrammen insgesamt 45.476 Projekte bearbeitet und Förderungen im Volumen von EUR 524,2 Mio. positiv entschieden. Dem liegt ein Investitionsvolumen von EUR 2,7 Mrd. zugrunde. Dieses hohe Volumen ist besonders relevant für die Unterstützung der konjunkturellen Entwicklung auf regionaler und lokaler Ebene, da die Umsetzung der geförderten Maßnahmen oftmals durch lokale und regionale Unternehmen erfolgt.

Erfreulich hat sich 2011 der Beratungsbereich entwickelt. Seitens der EIB (Europäische Investitionsbank) erfolgte ein Zuschlag für Beratungsleistungen für Projekte in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Hochwasserschutz im Rahmen des JASPERS-Programmes. Weiters erfolgte eine Beauftragung durch die EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) für den Aufbau von Finanzierungsstrukturen für Energieeffizienzprojekte in Bulgarien. Von der IFC (International Finance Cooperation), einer Tochterorganisation der Weltbank, wurde ein Energieeffizienzmandat im privaten Wohnbau in der Ukraine in Auftrag gegeben.

Im Jahr 2011 wurden zudem mehrere Vertriebsinitiativen gestartet bzw. weitergeführt. Insbesondere:

- Pflegeinitiative im Bereich soziale Infrastruktur
Das Thema Pflege ist für Österreichs Gemeinden eine große Herausforderung. Die KA hat daher im Sommer die „Initiative Pflege“ gestartet. Im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee wurde eine von KA, KPC und Kommunalnet erarbeitete Studie präsentiert, welche u. a. den erwarteten Investitionsbedarf, landesspezifische Fördermöglichkeiten sowie verschiedene Finanzierungsalternativen aufzeigt. Auf dieser Basis wird in enger Kooperation mit Gemeinden, privaten und öffentlichen Errichtern und Betreibern die Entwicklung und Realisierung maßgeschneiderter Finanzierungsmodelle für Pflegeheime vorangetrieben.

Die KA begleitet dabei Projektentwickler, Errichter, Betreiber und Kommunen und sorgt mit ihrem Strukturierungs- und Finanzierungs-Know-how für eine kompetente und nachhaltige Projektumsetzung. Auf dieser Basis wurde von der KA im Jahr 2011 das Projekt „Wege zum Wohnen – Betreuung und Begleitung geistig behinderter Menschen“ erfolgreich strukturiert. Es umfasst die Errichtung eines Wohnheimes sowie einer Tagesbetreuungsstätte für geistig und mehrfach behinderte Menschen. Das Wohnheim wird 17 vollbetreute Wohnplätze umfassen und die Tagesbetreuungsstätte Beschäftigungsmöglichkeiten für 32 behinderte Menschen anbieten.

Ein weiteres Projekt betrifft das Pflegeheim Rechnitz, Burgenland, wo für insgesamt 75 Bewohner/innen Pflegemöglichkeiten geschaffen wurden.

- „Erneuerbare Energien“ im Bereich Energie und Umwelt
Im Segment Energie und Umwelt wurden die Aktivitäten im Thema „Erneuerbare Energien“ weiter verstärkt. Im Jänner 2012 wurde eine Studie mit dem Titel „Investieren in Windenergie 2012“, die gemeinsam mit PwC Österreich verfasst wurde, veröffentlicht. Wichtige Finanzierungsprojekte der KA im Bereich „Erneuerbare Energien“ befinden sich in der Umsetzungsphase.

Die „Initiative Licht“ der KA wurde mit sechs Bundesländer-Veranstaltungen im Jahr 2011 fortgesetzt. Die zunehmende Umstellung von Straßen-Beleuchtungsanlagen und öffentlichen Einrichtungen auf die energiesparende LED-Technologie bietet der KA vielfältige Möglichkeiten, ihre Kunden zu unterstützen.

Im Bereich Windkraft, Kleinwasserkraft und Photovoltaik arbeitet die Bank mit verschiedenen österreichischen Entwicklern an der Umsetzung von Projekten in Österreich und im europäischen Ausland.

- Projektfinanzierungen im Bereich Transportinfrastruktur
Im Bereich Verkehr engagiert sich die KA sowohl für Großprojekte, wie den von der EU geförderten Ausbau transeuropäischer Hauptverbindungswege (TEN), als auch für regionale Verkehrsprojekte. So hat sich die KA an der Projektfinanzierung für mautpflichtige Autobahnen beteiligt und finanziert Projekte für regionale und urbane Transportinfrastruktur.
- Online-Termineinlagen „KA Direkt“
Über „KA Direkt“ werden Gemeinden und kommunalen bzw. öffentlichkeitsnahen Unternehmen operativ effiziente Veranlagungsmöglichkeiten geboten.
- Abschluss des KfW-Akkreditierungsverfahrens im Jahr 2011
Ende Juni erhielt die KA die Akkreditierungsbestätigung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Damit stehen der KA vorerst jährlich EUR 50 Mio. an langfristigen Refinanzierungsmitteln für das Projektgeschäft in Deutschland zur Verfügung.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Am 31.03.2011 hat die Europäische Kommission ihre formale Zustimmung zum Restrukturierungsplan der KA erteilt. Mit dieser positiven Entscheidung ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der KA auch unter den Kriterien des EU-Wettbewerbsrechts anerkannt worden. Zudem bestätigt die Kommission die Geschäftsstrategie der KA, insbesondere das Vorgehen im Interesse der öffentlichen Eigentümer und der Kunden im kommunalen und infrastrukturellen Projektgeschäft. Die Genehmigungsentscheidung und die damit verbundenen Auflagen für die Kommunalkredit Austria AG (KA) wurden von der Europäischen Kommission am 06.07.2011 veröffentlicht.²

Die zwischen der Republik Österreich und der Kommission vereinbarten Kriterien² entsprechen dem Restrukturierungsplan und den in der EU für derartige Maßnahmen üblichen Usancen. Dementsprechend kann die KA bis zur

mittelfristig angestrebten Privatisierung keine Kuponzahlungen auf Partizipations- und Ergänzungskapital leisten, da sie als kompensatorischen Eigenbeitrag eine Vergütung an die Republik Österreich für die erhaltene Staatshilfe leistet.

Ministerratsbeschluss zur Privatisierung der Kommunalkredit Austria AG

Am 29.11.2011 hat der Ministerrat der Republik Österreich die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes mit der gänzlichen Privatisierung der Gesellschaftsanteile des Bundes gemäß den Bestimmungen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG) unter Beachtung der bankwesenrechtlichen Vorschriften beauftragt. Dies entspricht auch den Vereinbarungen der Europäischen Kommission mit der Republik Österreich im Rahmen des Restrukturierungsplanes.

Besserungsschein

Die Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit im Jahr 2009 basierte v. a. auf einer Besserungsscheinstruktur. Zur Kapitalisierung der nunmehrigen KA Finanz AG (KF) verzichtete die Kommunalkredit Austria AG (KA) am 30.11.2009 auf eine Geldmarkteinlage über EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines von der Republik Österreich verbürgten Besserungsscheins. Die Refinanzierung des Forderungsverzichts erfolgte über eine staatsgarantierte Anleihe über EUR 1 Mrd. mit Laufzeit 08.07.2013, wodurch die gesamte Besserungsscheinstruktur für die KA ertrags- und aufwandsneutral gestellt wurde.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Privatisierung wurde zur Entflechtung der KA aus der Besserungsscheinstruktur die Bürgschaft der Republik Österreich am 30.12.2011 in Anspruch genommen und der Besserungsschein an die Republik Österreich übertragen. Gleichzeitig wurde seitens der KA die Zahlungsverpflichtung der Republik Österreich bis zur Fälligkeit der staatsgarantierten Anleihe am 08.07.2013 gestundet. Damit besteht ab diesem Zeitpunkt auch keinerlei vertragliche Verschränkung zwischen KA und KF aus der Restrukturierung 2009.

Auswirkungen des Private Sector Involvement (PSI II) Griechenland

Die KA hatte per 31.12.2011 ein Gesamtobligo gegenüber der Republik Griechenland (vor Risikovorsorge) im Nominale von EUR 224,2 Mio.

²) Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/eu_law/state_aids/comp-2011/sa32745-2011nn.pdf

Die KA konnte im 1. Quartal 2012 vorübergehend positive Marktfenster für kurzlaufende griechische Staatsanleihen nutzen, um diese Risikoposition auf EUR 150 Mio. zu reduzieren; dadurch konnte im Vergleich zum Wert des PSI II-Umtauschangebots eine Verlustreduktion von EUR 14,9 Mio. erzielt werden. Die KA hat mit dem verbleibenden Volumen von EUR 150 Mio. am PSI II teilgenommen.

Durch die Umschuldungsinitiative für Griechenland ergab sich somit für die KA ein zusätzlicher Vorsorgebedarf von EUR 142,2 Mio. Die Jahresgesamtbelastung unter Berücksichtigung der zum 30.06.2011 gebildeten Wertberichtigung von EUR 29,9 Mio. beträgt EUR 175,8 Mio. und gliedert sich wie folgt:

Nominalverzicht von 53,5 %	EUR 80,2 Mio.
Wertberichtigungen	EUR 95,6 Mio.
<hr/>	
Summe GuV-Effekt	EUR 175,8 Mio.

Die Effekte der Umschuldung des Griechenland-Obligos enthalten einen angesetzten Wertberichtigungsbedarf von 77,5 % auf Wertpapiere, sowie den realisierten Verlust aus den oben erwähnten Verkäufen. Von den Risikovorsorgen sind zum 31.03.2012 EUR 121,1 Mio. realisierte Verluste; der Rest sind buchtechnisch erforderliche Abgrenzungen, welche bei Halten der Positionen über die Restlaufzeit GuV-wirksam amortisiert werden; diese stellen somit keine Verlustrealisierung dar, bewirken jedoch zum 31.12.2011 einen Aufwand sowie negativen Kapitaleffekt.

Das direkte Exposure gegenüber der Republik Griechenland zum 31.12.2011 sowie 31.03.2012 bzw. nach PSI-Tausch entwickelte sich wie folgt:

31.12.2011 in EUR 1.000	Gesamt	davon Wertpapiere
Exposure	224.344	224.344
Risikovorsorgen (77,5 %) und realisierte Werte im 1. Quartal 2012	-152.935	-152.935
Exposure nach Risikovorsorgen und realisierten Werten im 1. Quartal 2012	71.409	71.409

31.03.2012 bzw. nach PSI-Tausch in EUR 1.000	Gesamt	davon Wertpapiere
Nominale	47.250	47.250
Disagio	-35.972	-35.972
Exposure nach Disagio	11.278	11.278

Die Wertpapiere aus dem PSI-Tausch mit einem Nominalwert von EUR 47,3 Mio. werden, basierend auf buchtechnischen Bestimmungen, mit einem Marktwert von EUR 11,3 Mio. eingebucht und sind das buchmäßige Exposure; i. e. im Umfang von EUR 36,0 Mio. bestehen Ansprüche, welche nicht im Exposure enthalten sind und Wertaufholungspotenzial darstellen, sofern diese Positionen gehalten werden und kein Wertverfall eintritt. Zusätzlich besteht EUR 5,8 Mio. staatsgarantiertes Exposure, welches vom PSI II nicht betroffen ist.

Corporate Governance und Risikomanagement³

Im Jahr 2011 wurden insgesamt sieben Aufsichtsrats-sitzungen und zwei Prüfausschusssitzungen sowie, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, zwei Vergütungsausschüsse abgehalten.

Es werden seitens des Vorstandes wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsagenden abgehalten und die vereinbarten Follow-Up-Punkte überwacht. Die Interne Revision und Compliance berichten quartalsweise an den Aufsichtsrat.

3) Siehe auch Risikobericht ab Seite 22.

Die Risiko- und ICAAP-Methoden der Bank wurden überprüft; in einem monatlichen Risk Management Committee werden Kredit-, Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden zumindest in wöchentlichen Abständen statt.

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die Kommunalkredit Austria AG (KA) agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KA Finanz AG (KF). In der KF sind mit

Stichtag 31.12.2011 vierzehn Mitarbeiter/innen der KA aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfoliomanagement, Risikomanagement und die Organisation der Gesellschaft. Zudem erwirbt die KF unter einem Service Level Agreement geregelte Dienstleistungen von der KA. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung der Richtlinie wird regelmäßig dem Aufsichtsrat berichtet; interessenkonfliktgeneigte Geschäfte sind in einer eigenen Richtlinie geregelt und erfordern die Zustimmung des Aufsichtsrats.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Finanzielle Leistungsindikatoren der Kommunalkredit Austria AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz- und GuV-Kennzahlen (in EUR Mio.)	2011	2010
Bilanzsumme	14.826,6	14.972,8
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	1.497,8	1.909,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.466,6	1.349,1
Forderungen an Kunden	9.941,9	10.085,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.977,3	1.064,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.510,4	1.580,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.619,6	11.541,0
Zinsüberschuss	47,5	45,6
Verwaltungsaufwand	-34,6	-35,6
Betriebsergebnis	20,7	25,0
Dotierung (-) / Auflösung (+) Vorsorge § 57 Abs. 1 BWG	32,1	-27,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern	-119,3	1,9
Jahresergebnis nach Steuern	-119,5	0,0

Unternehmenskennzahlen (in EUR Mio. bzw. %)	2011	2010
Risikogewichtete Aktiva	2.322,9	2.581,6
Eigenmittelerfordernis	193,5	207,8
Eigenmittel	353,1	505,5
Eigenmittelquote (= Eigenmittel / (Eigenmittelerfordernis/0,08) *100)	14,6 %	19,5 %
Kernkapital-Tier 1	280,0	399,9
Kernkapitalquote (= Kernkapital / (Eigenmittelerfordernis/0,08) *100)	11,6 %	15,4 %
Anzahl an Aktien	31.007.059	31.007.059

Der UGB-Einzelabschluss ist für die Ermittlung des im Zusagekatalog an die Europäische Kommission geregelten Entgeltes an die Republik Österreich sowie für die Bedienung der gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumente, d. h. Ergänzungskapital und Partizipationskapital, sowie für die Bewertung der Auflagen der Europäischen Kommission, wie z. B. zum Bilanzsummenwachstum, bestimmend.⁴

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA nach UGB beträgt zum 31.12.2011 EUR 14,8 Mrd. gegenüber EUR 15,0 Mrd. im Jahr 2010. Der Rückgang entspricht dem der Europäischen Union zugesagten Ziel einer Bilanzsummenverringering.

Mit Jahresende 2011 betragen die Forderungen an Kunden EUR 9,9 Mrd. Dies entspricht einer Reduktion von 1,4 % gegenüber dem Stand von EUR 10,1 Mrd. zum Jahresultimo 2010. Plangemäße Tilgungen von EUR 766,1 Mio. wurden großteils mit höher rentierenden und der neuen Strategie entsprechenden Neuauszahlungen kompensiert; ebenso wurden selektiv niedrigverzinsten Aktiva veräußert. Das Volumen der Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen hat sich im Jahresvergleich von EUR 1,9 Mrd. auf EUR 1,5 Mrd. reduziert. Die Reduktion der Aktiva bestände ergibt sich im Wesentlichen aus dem vertragsgemäßen Ablauf, aus dem Verkauf ausgewählter niedrigmargiger Aktiva sowie aus den Effekten der Umschuldung von Griechenland.

Es bestehen zum Bilanzstichtag Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1,5 Mrd. Dies entspricht einer Erhöhung von 8,7 % gegenüber dem Stand von EUR 1,3 Mrd. zum Jahresultimo 2010. Die Erhöhung ist vor allem auf die Bildung einer Liquiditätsreserve für die Tilgung eines EUR-1-Mrd.-Covered-Bonds im Jänner 2012 zurückzuführen.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KA verfügt zum 31.12.2011 über ein Kernkapital in Höhe von EUR 280,0 Mio. gegenüber EUR 399,9 Mio. im Jahr 2010. Die Eigenmittel belaufen sich auf EUR 353,1 Mio. gegenüber EUR 505,5 Mio. im Jahr 2010. Der Rückgang der Eigenmittel ist ausschließlich bedingt durch den Einmaleffekt aus der Umschuldung der Republik Griechenland. Trotz dieses negativen Einmaleffektes ergeben sich bei einem Bestand von risikogewichteten Aktiva von EUR 2.322,9 Mio. (31.12.2010: EUR 2.581,6 Mio.) eine Tier-1-Ratio von 11,6 % (31.12.2010: 15,4 %) und eine Eigenmittelquote von 14,6 % (31.12.2010: 19,5 %) auf deutlich zweistelligem Niveau. Die

KA wird keine Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich zur Bewältigung der Griechenland-Belastungen beanspruchen.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach UGB und Bankwesengesetz (BWG); es wird der Standardansatz verwendet.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Die Refinanzierung der KA erfolgt ohne staatliche Unterstützung auf dem freien Markt. Sie ist vollständig unabhängig von den unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) bzw. Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) bereitgestellten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich.⁵

Die langfristigen Refinanzierungen der KA reflektieren vor allem öffentliche Emissionen sowie Privatplatzierungen im Covered-Bond-Bereich sowie Senior-Anleihen. Per 31.12.2011 waren insgesamt EUR 10,6 Mrd. aushaftend.

– Kapitalmarktaktivität im Jahr 2011

Im Februar 2011 hat die KA eine fünfjährige Covered-Bond-Anleihe über EUR 500 Mio. begeben, die stark überzeichnet war. Damit konnte der Marktwiedereintritt nach der Restrukturierung 2009 erreicht werden.

– Kapitalmarktunabhängigkeit für 2012 sichergestellt

Durch die Nutzung der „Drei-Jahres-Long-Term Refinancing Operations“ der EZB am 22.12.2011 und 29.02.2012 im Ausmaß von insgesamt EUR 1,5 Mrd. hat die KA die Kapitalmarktunabhängigkeit in der Refinanzierung in Erwartung eines weiterhin volatilen Marktumfelds für das Jahr 2012 sichergestellt. Kapitalmarkttransaktionen werden bei entsprechenden Marktbedingungen dennoch angestrebt.

– Kundeneinlagen

Eine wesentliche Komponente der Liquiditätsstrategie ist der weitere Ausbau des Kundeneinlagengeschäftes auch in Zusammenhang mit „KA Direkt“. Betreut werden vor allem Städte, Gemeinden, kommunale und öffentlichkeitsnahe Unternehmen sowie KAGs, Versicherungen und Pensionskassen. Per 31.12.2011 belief sich das Volumen an Kundeneinlagen von institutionellen Kunden auf einem erfreulichen Niveau von EUR 1,5 Mrd. Die Bank betreibt kein Retailkundengeschäft.

⁴ Die detaillierten Auflagen sind in der Entscheidung der Europäischen Kommission unter http://ec.europa.eu/eu_law/state_aids/comp-2011/sa32745-2011nn.pdf dargestellt.

⁵ Die EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierte Anleihe, welche die KA in Durchleiterfunktion im Rahmen der Besserungsscheinstruktur erfolgsneutral begeben hat, wird am 08.07.2013 getilgt und hat keinerlei Einfluss auf die Ergebnisse der KA.

Die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente sind:

	31.12.2011	31.12.2010
Verbriefte Verbindlichkeiten ⁶	EUR 10,6 Mrd.	EUR 11,5 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR 1,5 Mrd.	EUR 1,6 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 2,0 Mrd.	EUR 1,1 Mrd.

Deckungsstock

In den verbrieften Verbindlichkeiten sind Covered Bonds mit einem Restkapital von EUR 6,7 Mrd. enthalten. Diese sind durch ein Nominale von EUR 9,2 Mrd. Aktiva, die in den Deckungsstock gewidmet sind (Cover Pool), besichert. Die nominelle Überdeckung zum 31.12.2011 beträgt 36,0 %.

Der Cover Pool umfasst im Wesentlichen Aktiva aus Österreich (76,3 %), der Schweiz (10,6 %) und Deutschland (7,2 %). 85,6 % des Cover Pools ist AAA/AA-geratet und 0,5 % der Aktiva im Deckungsstock verfügen über ein Rating unter der Kategorie A. Das Durchschnittsrating des Cover Pools ist Aa2 gemäß Moody's-Ratingskala.

Rating

Die KA hat von Fitch Ratings ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von F-1. Das Fitch-Viability-Rating wurde am 02.11.2011 von bb- auf b+ gesenkt. Alle Ratings von Fitch haben einen stabilen Ausblick.

Moody's Investors Service hat am 02.02.2012 das langfristige Rating auf Baa3 nach zuvor Baa1 gesenkt; das kurzfristige Rating auf P-3 nach zuvor P-2, das Bank Financial-Strength-Rating wurde mit E nach zuvor E+, das Rating nachrangiger Verbindlichkeiten mit Ba2 nach zuvor Baa2 festgelegt. In der Folge wurde am 03.02.2012 das Rating für fundierte Anleihen von Aa1 auf Aa2 gesenkt. Alle Moody's Ratings, außer dem Rating für nachrangige Verbindlichkeiten (review for downgrade), haben einen stabilen Ausblick.

Ertragslage

Das operative Ergebnis der KA lag 2011 um EUR 3,7 Mio. über dem Planwert von EUR 17,0 Mio.; trotz der erstmalig zu leistenden Stabilitätsabgabe von EUR 7,4 Mio. konnte ein Betriebsergebnis von EUR 20,7 Mio. (2010: EUR 25,0 Mio.) erzielt werden. Unter Berücksichtigung des Effektes der Stabilitätsabgabe liegt das Betriebsergebnis bei EUR 28,1 Mio. um EUR 3,2 Mio. bzw. 12,7 % über dem Vorjahreswert. Durch den Einmaleffekt aus der Umschuldung Griechenlands ist das UGB-Jahresergebnis nach Steuern für das Geschäftsjahr 2011 mit EUR -119,5 Mio. negativ (2010: EUR 0 aufgrund der Vereinbarung mit der Europäischen Union).

Wesentliche Faktoren für die Ertragslage sind:

- Zinsüberschuss
Der Zinsüberschuss der KA betrug 2011 EUR 47,5 Mio. (2010: EUR 45,6 Mio.) und liegt um EUR 1,9 Mio. bzw. 4,1 % über dem Vorjahreswert. Der Zinsüberschuss baut dabei auf stabilen Erträgen aus dem bestehenden Portfolio auf und wird gestärkt durch steigende Erträge aus den Neuabschlüssen im Bereich des kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäftes.
- Verwaltungsaufwand
Der Verwaltungsaufwand der KA beträgt vor Weiterverrechnung der Dienstleistungen aus dem Service Level Agreement gegenüber der KF und der KPC EUR 34,6 Mio. (2010: EUR 35,6 Mio.) und liegt um EUR 1,0 Mio. bzw. 2,6 % unter dem Vorjahreswert. Vom Verwaltungsaufwand entfallen EUR 21,7 Mio. auf den Personalaufwand und EUR 12,9 Mio. auf Sachaufwendungen. Die im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellten Erträge aus Weiterverrechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die KF und die KPC betragen EUR 12,2 Mio.; der resultierende Verwaltungsaufwand beträgt somit netto EUR 22,4 Mio. Auf Basis dieses Netto-Verwaltungsaufwandes ergibt sich eine Cost-Income-Ratio von 47,0 %.

⁶) Enthält die EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierte Anleihe, welche die KA in Durchleiterfunktion im Rahmen der Besserungsscheinstruktur erfolgsneutral begeben hat. Diese wird am 08.07.2013 getilgt und hat keinerlei Einfluss auf die Ergebnisse der KA.

– Sonstiges betriebliches Ergebnis

Neben den oben erwähnten Erträgen aus Weiterverrechnungen von Personal- und Sachaufwendungen beinhaltet das sonstige betriebliche Ergebnis erstmals die Aufwendungen für die seit 2011 eingehobene Stabilitätsabgabe der österreichischen Banken („Bankensteuer“) in Höhe von EUR 7,4 Mio. Die Einhebung der Stabilitätsabgabe erfolgt auf Basis des Stabilitätsabgabegesetzes (StabAbgG), wobei die Ermittlung der zu leistenden Abgabe auf Basis der Bilanzsumme und des Nominales der Handelsbuchderivate zum Stand per 31.12.2010 erfolgt.

– Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis – Risikovorsorgen Griechenland

Das Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis der KA betrug 2011 EUR -140,1 Mio. und ergibt sich im Wesentlichen aus dem EUR -175,8 Mio. Einmaleffekt der Umschuldung

von Griechenland-Obligi sowie aus der ertragswirksamen Auflösung von Vorsorgen nach § 57 Abs.1 BWG in Höhe von EUR 32,1 Mio.

Das Jahresergebnis nach Steuern beträgt für das Gesamtjahr 2011 EUR -119,5 Mio (2010: EUR 0). Somit werden für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2012 keine Kuponzahlungen auf das Ergänzungskapital sowie keine Ausschüttungen auf das Partizipationskapital geleistet (siehe Ad-hoc-Meldung vom 09.03.2012). Ohne den negativen Einmaleffekt aus der Umschuldungsinitiative für Griechenland wäre der ansonsten auszuweisende Jahresüberschuss auf Basis der Auflagen der Europäischen Kommission als Eigenbeitrag an die Republik Österreich geleistet worden; damit wäre auch in diesem Fall keine Kuponzahlung auf Ergänzungskapital- bzw. Partizipationskapitalinstrumente erfolgt.

NICHT FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiter/innen

Der durchschnittliche Personalstand der Kommunalkredit Austria (KA) betrug im Jahr 2011 195 FTE (Full Time Equivalent; 2010: 196). Davon waren 13 Mitarbeiter/innen im Jahr 2011 ausschließlich für die KF (2010: 10) tätig, wobei die übrigen Mitarbeiter/innen der KA über ein Service Level Agreement auch für die KF Dienstleistungen erbrachten.

Zum Jahresende 2011 waren in der KA inklusive Vorstand 206 Mitarbeiter/innen beschäftigt (31.12.2010: 211), davon 105 männlich, 101 weiblich; dies entspricht einem Vollzeitäquivalent (FTE) von 196,31 (31.12.2010: 200,62) Mitarbeiter/innen. Die KA setzte eine geplante Personalreduktion um 5 Personen um.

Der Frauenanteil betrug 49 %. Der Akademikeranteil ist mit 61,7 % (127 Personen, davon 50 Frauen und 77 Männer) auf einem konstant hohen Niveau. Von den insgesamt 206 Mitarbeitern/innen sind 26 weibliche und sechs männliche teilzeitbeschäftigt. Zusätzlich waren per 31.12.2011 acht Frauen und ein Mann in Karenz. Während des Jahres 2011 haben zwei Männer Väterkarenz und ein Vater das für Geburten ab 01.07.2011 kollektivvertraglich neu verankerte Papamonat in Anspruch genommen. Von insgesamt 43 Führungskräften sind 13 (30 %) Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei 37 Jahren, die Durchschnittszugehörigkeit zum Unternehmen bei sechs Jahren.

Das im Jahr 2010 konzipierte Performance-Managementsystem wurde 2011 implementiert und in einem Vergütungshandbuch, welches auch die Grundzüge der Vergütungspolitik und -praktiken festlegt, zusammengefasst. Die Vergütungspolitik und -praktiken der KA entsprechen den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für variable Vergütung in Banken aufgrund von CRD III bzw. der mit 01.01.2011 in Kraft getretenen BWG-Novelle. Im Aufsichtsrat wurde bereits 2010 ein Vergütungsausschuss eingerichtet.

Kommunikation

2011 wurde der regelmäßige und offene Kontakt zu Kunden, Journalisten und Stakeholdern der KA durch eine Reihe von geplanten Kommunikationsmaßnahmen unterstützt. Pressehintergrundgespräche und -konferenzen des Vorstandes sowie Aussendungen über bedeutende Entwicklungen, die Teilnahme an wichtigen Foren, die Information der Kunden mit Branchen-News sowie die Präsenz am Österreichischen Gemeindetag und am Österreichischen Städtetag waren die Eckpunkte der Kommunikationsmaßnahmen. Die wesentlichen Initiativen im Jahr 2011 waren:

Interne Kommunikation

– Leitbildprozess

Unter aktiver Beteiligung von Mitarbeitern/innen aus allen Bereichen, ausgewählten Kunden und Stakeholdern, des Managementteams und des Vorstandes wurde ein neues Leitbild erarbeitet, welches der neuen Geschäftsstrategie entspricht. Die neue Leitidee lautet:

„Die Kommunalkredit Austria macht Projekte für soziale Infrastruktur, Energie, Umwelt und Verkehr nachhaltig erfolgreich.“

– Mitarbeiter/innen-Information

Regelmäßige Mitarbeiter/innen-Informationen und Vorstandsbriefe sowie ein Mitarbeiter/einführungstag für neue Kolleginnen und Kollegen waren – gemeinsam mit dem Intranet – die Eckpfeiler der internen Kommunikation. Aktivitäten von Nachhaltigkeitsteam und Betriebsrat unterstützten diese Maßnahmen.

Externe Kommunikation

– Kommunale Sommergespräche

Die jährlichen „Kommunalen Sommergespräche“ bieten Gemeindevertretern, Meinungsführern und Experten aus Politik, Wirtschaft und Finanzen die Gelegenheit, sich über Herausforderungen der öffentlichen Hand auszutauschen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund organisiert. 2011 wurde unter dem Generalthema „Zukunft [in] der Gemeinde – Gemeinde [in] der Zukunft: Bürgerengagement als Erfolgsfaktor“ über die Anerkennung freiwilliger Leistungen, Bedarf an Pflegekonzepten sowie Finanzierungschancen bei knappen Budgets diskutiert.

– Kommunaler Dialog

Im Rahmen einer neuen Veranstaltungsreihe „Kommunaler Dialog“ beschäftigt sich die KA – gemeinsam mit internationalen Experten und namhaften Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft aus Österreich – aus theoretischer, wirtschaftspolitischer und praktischer Perspektive mit zukunftsweisenden Aspekten kommunaler Anliegen, vor allem im Infrastrukturbereich. Der erste Dialog wurde im November 2011 gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) organisiert und fand unter dem Titel „Anforderungen an eine zukunftsfähige Infrastruktur aus Sicht eines hoch entwickelten Industrielandes“ statt. Experte und Impulsgeber zu diesem Schwerpunkt war Dr. Eric Perée, Leiter

der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien bei der Europäischen Investitionsbank. Eine weitere Veranstaltung der Reihe „Kommunaler Dialog“ fand im März 2012 zum Thema „Pflege: Privat – Staat“ statt.

– „Initiative Licht“ und „Initiative Pflege“

2011 wurde die „Initiative Licht“ – eine 2010 gemeinsam initiierte Kampagne des Österreichischen Gemeindebundes, des FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie und der KA – erfolgreich fortgesetzt. Im Rahmen einer österreichweiten Roadshow wurden die Gemeinden über kostengünstige Möglichkeiten, auf neue Lichttechnologien im Rahmen ihrer öffentlichen Beleuchtung umzusteigen, informiert. So können durch neue Technologien Energiekostensparnisse von bis zu 50 % erzielt werden.

Das Thema Pflege ist für Österreichs Städte und Gemeinden eine große Herausforderung. Die „Initiative Pflege“ unterstützt mit Know-how und kompetenter Beratung, um für steigenden Pflege- und anstehenden Investitionsbedarf gerüstet zu sein. Kommunen profitieren dabei sowohl von der profunden Marktkenntnis der KA, als auch von maßgeschneiderten Finanzierungs- und Förderungsmodellen.

– Informationsschwerpunkt „KA Direkt“

Mit „KA Direkt“ hat die KA ein neues attraktives Veranlagungsprodukt für ihre Kunden im Festgeldbereich geschaffen. Zur Information über das neue Produkt wurden eine eigene Seite im Internet, Folder, Mailings, Banner, Anzeigen, PR-Beiträge und Advertorials platziert.

– public breakfast / public brunch

Seit 2007 wird von der KA gemeinsam mit PwC die Business-Informationsserie „public breakfast – one step ahead“ organisiert. Das Format wendet sich an Entscheidungsträger der öffentlichen Hand, um eine Plattform zu aktuellen Public-Finance-Themen und die Möglichkeit zum Gedankenaustausch zu bieten. Die Veranstaltungen in Wien sowie – inhaltlich erweiterte – „public brunches“ in den Bundesländern fanden auch 2011 starken Anklang.

– Kundenmagazin „Kommunal kompakt“

Seit 2010 informieren das Kundenmagazin „Kommunal kompakt“ und ein elektronischer Newsletter, abgestimmt auf die Zielgruppen Gemeinden bzw. Projekterrichter in regelmäßigen Abständen. 2011 gab es vier Ausgaben des Magazins.

- Gemeindefinanzbericht
Der Gemeindefinanzbericht ist das Standard-Nachschlagewerk zur finanziellen Gebarung der Kommunen. Er bietet einen detaillierten Überblick über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung aller 2.357 Städte und Gemeinden Österreichs. Der Bericht liefert eine Analyse über die Dynamik der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenpositionen der laufenden Gebarung, der Vermögensgebarung und der Finanzgebarung; ebenso ausgewählte Bestandsdaten wie Schuldenstand und Rücklagen, eine Schätzung der kommunalen Haftungen sowie viele weitere Faktoren. Der Gemeindefinanzbericht wird in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund herausgegeben. Zudem stellt kommunalnet.at, die gemeinsame Intranet-Plattform des Österreichischen Gemeindebundes, seiner Landesverbände sowie der KA, basierend auf den Daten des Gemeindefinanzberichtes, jeder Gemeinde Österreichs eine Finanzvorschau und kommunale Finanzbenchmark zur Verfügung.
- RFG Fachzeitschrift und Schriftenreihe
Mit der viermal jährlich im Verlag Manz erscheinenden Fachzeitschrift „RFG – Recht und Finanzen für Gemeinden“ wird über Themen des Kommunalrechts, des kommunalen Steuerrechts, der Betriebswirtschaft und des kommunalen Finanzwesens informiert.
- Investor Relations
Investoren in Emissionen und Kundeneinlagen der KA wurden im Jahr 2011 über verschiedene Kommunikationskanäle regelmäßig über wesentliche Entwicklungen in der KA auf dem Laufenden gehalten. Dazu wurden Roadshow-Termine und Investorenbesuche wahrgenommen sowie Aussendungen und Conference Calls für Investoren durchgeführt.

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die Kommunalkredit Austria AG verfügt über keine Zweigniederlassungen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Private Sector Involvement (PSI II) Griechenland

Die Kommunalkredit Austria (KA) hat am 09.03.2012 mit einem Volumen von EUR 150 Mio. an der Umschuldungsinitiative für Griechenland (PSI II) teilgenommen. Details zu PSI II und den Auswirkungen auf die KA finden sich auf Seite 10 sowie Seite 14 dieses Berichts.

Übertragung der KA-Anteile der Republik an die FIMBAG

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17.02.2012 wurden der 99,78%-Anteil der Republik Österreich an der KA vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als

Treuhänder übertragen; die FIMBAG hält nunmehr die Anteile für die Republik Österreich treuhändisch. Vorbereitende Maßnahmen für die Privatisierung der Anteile der Republik Österreich wurden eingeleitet.

Rating-Aktionen von Moody's

Moody's Investors Service hat am 02.02.2012 das langfristige Rating auf Baa3 nach zuvor Baa1 gesenkt; das kurzfristige Rating auf P-3 nach zuvor P-2, das Bank Financial-Strength-Rating wurde mit E nach zuvor E+, das Rating nachrangiger Verbindlichkeiten mit Ba2 nach zuvor Baa2 festgelegt. In der Folge wurde am 03.02.2012 das Rating für fundierte Anleihen von Aa1 auf Aa2 gesenkt.

Alle Moody's-Ratings außer dem Rating für nachrangige Verbindlichkeiten (review for downgrade) haben einen stabilen Ausblick. Siehe dazu auch Seite 18 dieses Berichts.

Nutzung der Drei-Jahres Long Term Refinancing Operation (LTRO) der EZB durch die KA

Durch die Nutzung der Drei-Jahres LTRO der Europäischen Zentralbank (EZB) am 29.02. 2012 im Ausmaß von EUR 1,35 Mrd. (22.12.2011 sowie 29.02.2012 insgesamt EUR 1,5 Mrd.) hat die KA die Kapitalmarktunabhängigkeit in der Refinanzierung in Erwartung eines weiterhin volatilen Marktumfelds für das Jahr 2012 sichergestellt.

RISIKOMANAGEMENT

RISIKOMANAGEMENT FÜR EINZELNE RISIKOARTEN

Strategien und Verfahren für das Risikomanagement

Die Kommunalkredit Austria (KA) bedient sich zur vollständigen Identifizierung der Risikotreiber des Geschäftsmodells methodisch der Instrumente Risk Assessments und Risikolandkarte. Im Rahmen der Risk Assessments erfolgt in einem strukturierten analytischen Prozess die Identifizierung der Hauptrisikokarten der Bank. Auf Basis der Assessment-Ergebnisse wird eine Risikolandkarte für die Gesamtbank erstellt, die als wesentliche Inhalte eine Risikodefinition je Risikoart enthält und die einzelnen Risiken hinsichtlich Bedeutung, Risikotransparenz, Steuerungsfrequenz und Limitierung bewertet. Ziel der Risikolandkarte ist die Herstellung eines einheitlichen begrifflichen Risikoverständnisses, einer einheitlichen Sicht der Risikopriorität, die Überprüfung der Vollständigkeit der Erfassung und die Identifizierung von potenziellen Steuerungslücken. Dabei handelt es sich um solche Risikoarten, die als hoch relevant eingestuft werden, eine geringe Risikotransparenz und Steuerungsfrequenz aufweisen und die als Ergebnis die höchste Priorität hinsichtlich Weiterentwicklungsnotwendigkeiten erhalten. Diese Analyse wird jährlich durchgeführt.

Für die Hauptrisikokarten (insbesondere Liquiditätsrisiko, Kreditausfallsrisiko, Credit-Spread-Änderungsrisiko, Zinsänderungsrisiko) wird nach bankbetriebswirtschaftlich anerkannten internen Verfahren das dafür benötigte ökonomische Kapital berechnet. Zusätzlich ist für nicht hinreichend quantifizierbare Risiken (insbesondere operationelles Risiko, Reputationsrisiko, Rechtsrisiken) und zur Deckung potenzieller Modellunsicherheiten ein Risikopuffer vorgesehen.

Im Rahmen der Risikostrategie bestimmt der Vorstand die Grundsätze für die angemessene Steuerung und Limitierung der einzelnen Risikoarten und begrenzt das zugewiesene ökonomische Kapital je Risikoart und je Geschäftsfeld in Abstimmung mit der Risikotragfähigkeit und der Risiko-

bereitschaft der Bank. Die Höhe der Ausnutzung und die Einhaltung der Risikobudgets auf Gesamtbankebene werden monatlich überwacht. Partnerlimits sowie die operativen Risikolimits für das Handelsbuch und die offene Devisenposition werden täglich überwacht, wobei die Geschäftstätigkeit der KA keinen Handelsfokus hat.

Organisatorischer Aufbau der Risikosteuerung und -überwachung

In der KA ist eine vom Markt unabhängige Risikoüberwachungsfunktion eingerichtet, die durch die Organisationseinheiten „Controlling“ und „Kreditrisiko“ in enger Abstimmung und anhand definierter Zuständigkeiten wahrgenommen wird. Organisatorische Änderungen ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr durch die Neuordnung des operationalen Risikos und der Problemerkreditbearbeitung zum Bereich Kreditrisiko.

Das wöchentliche Kreditkomitee ist das zentrale Element des Kreditgenehmigungsprozesses und des laufenden Portfolio-Reviewprozesses. Darüber hinaus werden im Kreditkomitee regelmäßig Partner mit erhöhtem Kreditrisiko, Problemerkredite und Ausfallpartner behandelt sowie diesbezügliche Maßnahmen beschlossen. Neugeschäftsanträge werden anhand einheitlicher Analysen inklusive RAROC (Risk Adjusted Return on Capital) pro Transaktion behandelt.

Zusätzlich zum wöchentlichen Kreditkomitee ist ein wöchentliches Asset Liability Committee (ALCO) eingerichtet. Das ALCO findet unter Beteiligung des Treasury-Vorstandes und der Bereiche Treasury, Controlling, Strategie und Recht sowie Vertrieb statt und unterstützt das operative Asset Liability Management. Ziel ist die zeitnahe Steuerung des Liquiditäts- und Zinsrisikos sowie die zeitnahe Eigenkapitalsteuerung. In den wöchentlichen Sitzungen werden zudem Limits überwacht sowie Maßnahmen zur Steuerung des Zins- und Liquiditätsrisikos behandelt.

Das Risk Management Committee (RMC) ist das zentrale Element des übergreifenden Risikosteuerungsprozesses, wo der Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank informiert wird, wichtige risikorelevante Rahmenentscheidungen getroffen werden sowie relevante Limits festgelegt und Risikobudgets überwacht werden. Im RMC werden alle Risikoarten überwacht. Steuerungsentscheidungen werden durch die Markteinheiten Vertrieb und Treasury umgesetzt und die beschlussgemäße Umsetzung durch Follow-up-Agenden überwacht. Die strategische Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene sowie die Überwachung des operationellen Risikos und eventueller Schadensfälle in Form von regelmäßigen Berichten durch den Operational Risk Officer erfolgt ebenfalls im Rahmen der RMC-Meetings.

Ziel der Gesamtbanksteuerung ist der risiko- und ertragsoptimierte Einsatz der Kapitalressourcen im Rahmen des Risikoappetits und der Risikotragfähigkeit der Bank.

Strategien, Methoden, Reporting und organisatorische Verantwortung für das Management von Risiken sind im ICAAP-Handbuch, in Risikomanagementhandbüchern je Risikoart und Organisationsrichtlinien schriftlich dokumentiert und allen betroffenen Mitarbeiter/innen über das Intranet jederzeit in ihrer aktuellen Fassung zugänglich.

Folgende Risiken werden in der KA identifiziert und überwacht:

- Kreditrisiko
Ausfalls- und Kontrahentenrisiko
Konzentrationsrisiko
Länderrisiko
Beteiligungsrisiko
- Liquiditätsrisiko
kurzfristiges Liquiditätsrisiko (operativ)
langfristiges Liquiditätsrisiko (strukturell)
- Marktrisiko
Zinsänderungsrisiko
Wechselkursrisiko
Spreadänderungsrisiko
Basis-Spread-Risiko
Optionspreissrisiko
- Operationelles Risiko
Operationelles Risiko
Rechtsrisiko

- Sonstige Risiken
Eigenkapitalrisiko
Strategisches Risiko
Ertragsrisiko
Reputationsrisiko

Für die Aufnahme neuer Geschäftsfelder, neuer Märkte oder Produkte ist ein formalisiertes und strukturiertes Genehmigungs- und Implementierungsverfahren eingerichtet, das die adäquate Abbildung in Abwicklung, Risikomanagement und Reporting, Rechnungswesen sowie Meldewesen sicherstellt.

Risikopolitische Leitlinien für das Risikomanagement

Grundsätze zum Risikoverständnis:

- Ein unternehmensweites Verständnis der risikopolitischen Grundsätze ist die Basis für ein einheitliches Risikobewusstsein und einer einheitlichen Risikokultur innerhalb der KA. Die Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter/innen der KA sind daher verpflichtet, die risikopolitischen Grundsätze und die definierte Risikostrategie einzuhalten und ihre Entscheidungen gemäß den vorgegebenen Leitlinien zu treffen.
- Die KA übernimmt nur Risiken in solchen Geschäftsfeldern und Märkten, für die eine entsprechende Expertise besteht oder erreichbar ist. Die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit in neuen Geschäftsfeldern oder der Vertrieb neuer Produkte geht mit der Analyse der damit verbundenen Risiken und der Eignung der vorhandenen Methoden, Instrumente und Prozesse zum Management der Risiken einher. Hierfür ist ein Produktgenehmigungsprozess innerhalb der KA implementiert.
- Grundsätzlich sollte jedes Geschäft, durch das die KA bewusst Risiken übernimmt, im Rahmen der Betrachtung der gesamten Geschäftsbeziehung mit dem Kunden einen dem Risiko entsprechenden Deckungsbeitrag erwirtschaften. Die KA konzentriert sich bei ihrer Risikosteuerung vorrangig auf die Abdeckung unerwarteter Verluste, während erwartete Verluste über Margen in den Einzelgeschäften abgedeckt werden.

Grundsätze des Risikomanagements:

- Die KA verfolgt eine der Ertragskraft und Eigenkapitalausstattung angemessene Begrenzung der Risiken.
- Das fachliche Know-how der Mitarbeiter/innen und die Systemausstattung müssen der Komplexität des Geschäftsmodells entsprechen und zusammen mit den Kerngeschäftsfeldern entwickelt werden.
- Die Organisationsstruktur muss einer klaren Trennung zwischen Risikoübernahme und Risikoberechnung bzw.

Risikomanagement entsprechen. Durch eine eindeutige Trennung der Aufgabenbereiche werden Interessenkonflikte der Mitarbeiter/innen vermieden.

- Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil des Geschäftsablaufes und stützt sich dabei auf anerkannte Methoden zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung; für Kredit- und Marktrisiken erfolgt dies auf ökonomischer Basis (Value-at-Risk-Sichtweise).
- Alle messbaren Risiken sind einer Limitstruktur zu unterwerfen, wobei die Einhaltung der Limite regelmäßig überwacht werden muss, anhand transparenter und einheitlicher Grundsätze. Insbesondere für den Fall von Limitüberschreitungen besteht ein Eskalationsprozess. Für identifizierte, aber nicht oder nicht ausreichend messbare Risiken, wird ein Kapitalpuffer vorgehalten.
- Die Value-at-Risk-Berechnungen müssen durch Rückvergleiche („Backtesting“) und/oder Modelltests validiert werden.
- Die Ergebnisse der Risikomessung sind regelmäßigen Stresstests zu unterziehen und in der Ermittlung der Risikotragfähigkeit des Kreditinstituts zu berücksichtigen. Die Ergebnisse der Stresstests sind, wo möglich, einem Limit gegenüberzustellen.
- Ein Bestandteil des Risikomanagements der KA ist ein umfassendes, regelmäßiges und standardisiertes Risikoreporting, das mindestens monatlich über die Risikolage der KA und situationsabhängig in Form von Ad-hoc-Reports berichtet.
- Eine integrierte IT-Infrastruktur als Grundlage und Voraussetzung zur systematischen Reduktion von Risiken aus Schnittstellen und Dateninkonsistenzen und als Basis für effiziente Reporting- und Datenverarbeitungsprozesse ist eine wesentliche risikopolitische und organisatorische Zielsetzung.

SICHERSTELLUNG EINER ADÄQUATEN MINDESTEIGENKAPITALAUSSTATTUNG

ICAAP-Ansätze zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen einer Bank zur Sicherstellung einer angemessenen Identifizierung, Messung und Begrenzung der Risiken, einer dem Risikoprofil des Geschäftsmodells angemessenen Kapitalausstattung sowie der Anwendung und laufenden Weiterentwicklung geeigneter Risikomanagementsysteme.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KA der Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden dabei, abhängig vom Absicherungsziel, drei Steuerungskreise angewandt:

- Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Sicherstellung der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen

Der regulatorische Kapitalbedarf wird der regulatorischen Risikodeckungsmasse (gesamte Eigenmittel) gegenübergestellt; ein freibleibender Kapitalpuffer wird definiert.

- Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Im Vordergrund steht der Gläubigerschutz und somit die Sicherstellung einer Kapitalausstattung, die für den Liquidationsfall gewährleistet, dass alle Fremdkapitalgeber mit einer definierten Wahrscheinlichkeit bedient werden können.

Der ökonomische Kapitalbedarf (interne Risikomessung) wird den um die stillen Lasten und Reserven adaptierten Eigenmitteln gegenübergestellt.

- Going-Concern-Sicht (Going-Concern-Steuerungskreis)

Absicherungsziel: Der Fortbestand der Bank soll mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit bei Eintritt von Risiken ohne zusätzliches Eigenkapital sichergestellt werden. Der definierte Absicherungszustand der KA in der Going-Concern-Betrachtung ist derzeit eine Mindest-Tier-1-Ratio von 10 %, um einerseits einen Eigenmittelpuffer für weiteres Wachstum und andererseits die Eigenmittelanforderungen für einen entsprechenden Kapitalmarktauftritt abzusichern.

Alle GuV-wirksamen Risiken müssen jedenfalls durch das Plan-Jahresergebnis, allfällige stille Lasten und kurzfristig realisierbare stille Reserven, auflösbare Rücklagen sowie das „freie Tier 1“ gedeckt sein. Das freie Tier 1 ist jenes Tier 1, das über das notwendige Kapital zur Sicherstellung einer Tier-1-Ratio von 10 % zur Verfügung steht. Dabei werden bei der Risikodeckungsmasse unter Berücksichtigung der Realisierbarkeit und Außenwirkung zwischen primärem, sekundärem und tertiärem Deckungspotenzial unterschieden und entsprechende Frühwarnstufen eingerichtet.

Zur Deckung von sonstigen, nicht quantifizierten Risiken sowie von Modellunsicherheiten ist ein entsprechender Risikopuffer vorgesehen.

Zusätzlich werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um die Adäquanz der Kapitalausstattung auch in Stresssituationen sicherzustellen. Dazu werden zwei unterschiedliche volkswirtschaftliche Szenarien (allgemeines Rezessions-szenario und KA portfoliospezifischer Stress) definiert und die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit quantifiziert. Neben der gestressten Risikotragfähigkeit wird je Szenario auch ein gestresstes Drei-Jahres-Budget erstellt, um die Stabilität des Geschäftsmodells im Zeitablauf zu testen.

KREDITRISIKOMANAGEMENT

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KA unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallrisiko, Konzentrationsrisiko, Länderrisiko und Beteiligungsrisiko.

Bei der Besicherung von Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Finanzielle Sicherheiten (Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen) werden zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Bei Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure je nach Risikoeinschätzung dem Sicherheitengeber zugerechnet werden; erfolgt dies, wird das Obligo im Portfoliomodell und Limitwesen so berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure.

Auf Basis des bestehenden Basel-II-Standardansatzes für alle Forderungsklassen kommen in der KA vorrangig externe Ratings zur Anwendung. Sofern diese nicht zur Verfügung stehen, werden Ratings aus internen Scoring- bzw. Ratingmodellen ermittelt.

Jedem aktiven Kunden ist somit ein externes oder internes Rating zugeordnet, das mindestens einmal jährlich aktualisiert wird. Damit können die Aktiva und die außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden. Die Ausfallswahrscheinlichkeiten sind in einer internen Ratingskala (Masterskala) in Kategorien zusammengefasst, denen externe Ratings zugeordnet werden können. Um eine einheitliche Bestimmung der Ausfallswahrscheinlichkeiten zu gewährleisten, müssen alle internen und externen Ratingverfahren bzw. Ratings auf die Masterskala abgestimmt werden. Die Leis-

tungsfähigkeit und Trennschärfe der Ratingverfahren und ihre Prognosefähigkeit hinsichtlich Zahlungsausfällen werden regelmäßig überprüft und nötigenfalls angepasst.

Unerwarteter Verlust

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallrisikos. Die KA quantifiziert monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfoliomodell basiert auf CreditRisk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR (Haltedauer 1 Jahr, Konfidenzintervall 99,95 %) werden ratingabhängige einjährige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) sowie regional und branchenspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und aktualisiert. Die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallrisikos für Kreditrisiken erfolgt nach Berechnungsverfahren, die gängigen bankbetriebswirtschaftlichen Standards entsprechen.

Der unerwartete künftige Verlust aus Kreditausfällen für die Haltedauer von einem Jahr beträgt in der Liquidationssicht per 31.12.2011 EUR 72,1 Mio (2010: EUR 87,1 Mio.). Diesem unerwarteten künftigen Verlust steht eine ökonomische Risikodeckungsmasse in Höhe von EUR 535,0 Mio. gegenüber. Die Relation des Kreditrisikos zur Deckungsmasse beträgt somit 13 %.

Der unerwartete künftige Verlust aus Kreditausfällen für die Haltedauer von einem Jahr beträgt in der Going-Concern-Sicht per 31.12.2011 EUR 19,5 Mio. (2010: EUR 23,0 Mio.). Diesem unerwarteten künftigen Verlust steht eine Risikodeckungsmasse in Höhe von EUR 97,5 Mio. gegenüber. Die Relation des Kreditrisikos zur Deckungsmasse beträgt somit 20 %.

Das verwendete Modell beruht auf statistischen Methoden und Annahmen. Eine wichtige Annahme dabei ist, dass aus der Vergangenheit statistisch fundierte Schlussfolgerungen auch für zukünftige Entwicklungen zutreffen. Wie die fundamentale Systemkrise der Finanzmärkte der letzten Jahre deutlich zeigt, sind bestimmte Ereignisse in der verfügbaren Historie bei den von Banken verwendeten Modellen nicht enthalten. Diesem Umstand wird durch anlassbezogene Zusatzanalysen und regelmäßig durchgeführte Stresstests Rechnung getragen.

Ratingverteilung

Das Kreditexposure nach Rating ist in den oberen Ratingkategorien konzentriert; 65 % des Exposures sind AAA/AA-geratet, 95 % sind investment-grade. Das Portfolio der KA

hat insgesamt eine hohe Kreditqualität; das exposuregewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A1 (nach Moody's-Ratingskala).

Kreditexposureverteilung nach Rating per 31.12.2011

31.12.2011 in EUR 1.000	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
AAA	3.489.941	25,0 %	85.004	0	3.389.053
AA	5.559.727	39,8 %	380.617	4.498	5.035.961
A	2.948.997	21,1 %	907.370	23.608	1.596.555
BBB	1.294.222	9,3 %	156.314	117.272	990.596
BB	470.133	3,4 %	134.528	0	330.376
B	141.468	1,0 %	38.172	5	103.292
CCC	77.252	0,6 %	71.409	0	5.843
D	18	0,0 %	0	0	18
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0
Summe	13.981.757	100 %	1.773.414	145.382	11.451.693

Kreditexposureverteilung nach Rating per 31.12.2010

31.12.2010 in EUR 1.000	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
AAA	3.368.848	22,8 %	106.258	0	3.247.440
AA	7.223.154	48,9 %	867.407	1.920	5.979.516
A	2.131.293	14,4 %	732.643	30.594	1.038.252
BBB	1.474.485	10,0 %	267.765	114.036	1.063.750
BB	528.078	3,6 %	239.083	23.731	261.843
B	44.065	0,3 %	0	0	44.065
CCC	0	0,0 %	0	0	0
D	75	0,0 %	0	0	75
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0
Summe	14.769.998	100 %	2.213.156	170.281	11.634.940

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden bei der Kreditvergabe und im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, im RMC, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top 20/100-Gruppen verbundener Kunden, Rating, Sektoren). Zusätzlich erfolgt die Feststellung von Risikokonzentrationen einzelner Teilportfolien durch den Bereich Kreditrisiko, welcher Teilportfolioanalysen erstellt.

Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung wird ein Review in unterschiedlichen Intervallen durchgeführt, jedoch zumindest jährlich. Anlassbezogen kann ein Portfolio review auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen verlangt werden.

Das Exposure der Top-20-„Gruppe verbundener Kunden“ umfasst 55,7 % des Gesamtexposures. Die hohe Assetkonzentration im Segment der öffentlichen Hand, hier wiederum vorwiegend in Österreich, resultiert aus dem von der KA alt abgespaltenen strategischen Geschäft. Das daraus resultierende Risiko wird aufgrund der sehr niedrigen Ausfallserwartung als gering eingeschätzt.

Ländertransferrisiko

Die KA definiert Länderrisiko als politisches Transferrisiko. Kreditexposure werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der

KA wird monatlich im RMC berichtet, ebenso zumindest jährlich dem Kreditausschuss des Aufsichtsrates, wobei Teilportfolien auch quartalsweise berichtet werden. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf die Kern-EU-Staaten (EU-17 inkl. Österreich 81 %) sowie auf die restlichen EU-Staaten (7 %). Das Exposure im Segment Nicht-EU-Europa (11 %) entfällt zu 77 % auf die Schweiz.

Kreditexposureverteilung nach Region per 31.12.2011

31.12.2011 in EUR 1.000	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
Österreich	8.554.744	61,2 %	440.088	112.602	7.820.607
EU-17	2.822.508	20,2 %	647.487	10.394	1.758.146
davon Staaten mit EU- Unterstützungsmaßnahmen ¹⁾	77.252	2,7 %	71.409	0	5.843
EU-Rest	976.486	7,0 %	685.839	22.387	268.260
Nicht-EU-Europa	1.586.725	11,3 %	0	0	1.581.607
Sonstige	41.294	0,3 %	0	0	23.072
Summe	13.981.757	100,0 %	1.773.414	145.382	11.451.693

¹⁾ Anteil Griechenland-Exposure EUR 77,25 Mio. inkl. EUR 5,8 Mio. staatsgarantiertes Exposure; nach Anleihen-Umtausch im März 2012 beträgt das Exposure gegenüber Griechenland EUR 17,1 Mio.

Die Vergleichszahlen 2010 stellen sich wie folgt dar:

Kreditexposureverteilung nach Region per 31.12.2010

31.12.2010 in EUR 1.000	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
Österreich	8.567.569	58,0 %	534.995	109.957	7.630.615
EU-17	3.069.047	20,8 %	853.449	11.359	1.755.617
davon Staaten mit EU- Unterstützungsmaßnahmen	231.863	1,6 %	225.436	0	6.427
EU-Rest	1.054.021	7,1 %	794.533	48.965	210.522
Nicht-EU-Europa	1.744.992	11,8 %	30.179	0	1.709.613
Sonstige	334.369	2,3 %	0	0	328.573
Summe	14.769.998	100,0 %	2.213.156	170.281	11.634.940

Kreditrisikovorsorge

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates, beim jährlichen Ratingreview oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertminderungen für Kreditausfälle obliegt dem Risikomanagement unter Genehmigung des Vorstands.

Die Bestandteile der gebildeten Wertminderung für Kreditausfälle bei Darlehen sind Einzelwertberichtigungen von EUR 0,1 Mio (31.12.2010: EUR 0,1 Mio). Portfoliowertberichtigungen nach dem Incurred-Loss-Model nach IFRS für bereits eingetretene, jedoch noch nicht erkennbare Verluste waren zum 31.12.2011 wie im Vorjahr nicht zu bilden.

Die KA hat finanzielle Vermögenswerte (Forderungen) in Höhe von TEUR 884,0, von denen zum Ende der Berichts-

Nominale je Risikostufe

Risikostufe in EUR Mio.*	31.12.2011	31.12.2010
1	209,5	415,2
2	71,4	0
3	0	12,9

* Griechenland per 31.12.2011 in Stufe 2

Der Bereich Kreditrisiko aktualisiert laufend die Liste der Partner mit erhöhten Kreditrisiken. Darüber wird monatlich im Rahmen der Kreditsitzung berichtet. Abzuleitende Maßnahmen werden im Zuge der Kreditsitzung beschlossen. Darüber hinaus wird quartalsweise ein Bericht über die Partner mit erhöhtem Kreditrisiko basierend auf der Liste mit den wesentlichsten Ereignissen der letzten drei Monate dem Vorstand übermittelt und dem Aufsichtsrat berichtet.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko als Teil des Kreditrisikos ist aufgrund der Natur der Beteiligung von untergeordneter Bedeutung; siehe auch Abschnitt „Beteiligungen“ im Lagebericht.

Kontrahentenausfallsrisiken aus Derivaten, Pensionsgeschäften und Wertpapiergeschäften

Für Derivate gibt es mit allen Partnern Credit-Support-Agreements verbunden mit Nettingvereinbarungen sowie täglichem Collateralmonitoring.

periode ein Teilbetrag von TEUR 31,8 länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert ist.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken besteht ein mehrstufiger Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- 0 Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- 1 Partner, welche ein erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- 2 Partner in Problemerkreditbearbeitung mit Ausnahme jener, welche nicht der Risikostufe 3 zugeordnet werden
- 3 Nachhaltiger Schuldnerverzug; Kundeninsolvenz; Reine Umstrukturierung

Pensionsgeschäfte werden in Form von echten Pensionsgeschäften und überwiegend über Plattformen mit täglichem Margining abgewickelt. Sofern bei Pensionsgeschäften als Cashnehmer aus dem Abschlag ein Kontrahentenrisiko verbleibt, wird dieses dem Partner zugeordnet und bei der Exposureberechnung im Kreditrisiko berücksichtigt.

Wertpapiergeschäfte werden ausschließlich auf Basis „delivery against payment“ über Euroclear bzw. Clearstream abgewickelt.

Aus den beschriebenen Abwicklungsprinzipien ist das Kontrahentenausfallsrisiko aus Derivaten, Pensionsgeschäften und Wertpapiergeschäften nicht materiell.

LIQUIDITÄTSRISIKOMANAGEMENT

Die KA unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen

und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Ausmaß oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KA zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsmanagement.

Zentrale Elemente des Liquiditätsrisikomanagements sind:

- Analyse der Liquiditätsposition
- Berichtswesen an den Vorstand und Aufsichtsrat
- Bestimmung des mittel- und langfristigen Refinanzierungsbedarfs inklusive eines Liquiditätsplans
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells
- Regelmäßige Überprüfung und Festlegung von internen Transferpreisen

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen aus Neugeschäftsabschlüssen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus den Dotierungen von Barsicherheiten (aus CSA/ISDA-Vereinbarungen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich verfügbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt:

31.12.2011 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditätsgap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	113	58	171
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	91	0	90
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-60	-23	-83
Summe	144	35	179

Die Vergleichszahlen 2010 stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditätsgap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	222	647	869
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-616	-37	-653
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	66	-82	-16
Summe	-327	527	200

Das in der KA bestehende tägliche Management von Barsicherungen für Derivatverträge reduziert das Kreditrisiko und ermöglicht eine raschere Generierung von Liquidität, wenn marktwertbedingte Nachschussverpflichtungen der Counterparts bestehen.

Langfristiges Liquiditätsrisiko (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KA eine Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus den Kapitalein- und Kapitalauszahlungen werden auf periodischer

und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätssteuerung.

Organisation und Berichtswesen

Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich verfügbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Vorstand berichtet und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet. Zusätzlich findet ein wöchentliches ALCO zum operativen und strategischen Liquiditätsmanagement statt. Das langfristige Liquiditätsrisiko wird im monatlichen RMC überwacht.

Krisenplan

Der Liquiditätsnotfallplan (Krisenplan) dient einem effizienten Liquiditätsmanagement in einem krisenhaften Marktumfeld. Das Institut verfügt über einen Liquiditätsnotfallplan, der für den Notfall die Verantwortlichkeiten und die Zusammensetzung von Krisengremien, die internen und externen Kommunikationswege sowie ggf. die zu ergreifenden Maßnahmen regelt. In einem Notfall übernimmt das Krisengremium die Liquiditätssteuerung. Im Einzelfall

entscheidet das Krisengremium über die zu treffenden Maßnahmen.

Analyse finanzieller Verbindlichkeiten

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten vertraglicher, nicht diskontierter Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten dargestellt (Nettodarstellung bei Derivaten, positiver Wert ist Auszahlungsüberhang):

31.12.2011 in EUR Mio.	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Derivate als Sicherungsinstrumente designiert	Trading
Bis zu einem Monat	2.680,77	11,71	-36,51
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	610,36	13,57	-66,97
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	1.269,23	47,90	-0,26
Mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	7.719,80	286,79	-116,15
Mehr als fünf Jahre	5.366,68	287,77	232,80
Summe	17.646,83	647,75	12,91

Der Nominalbetrag der Zinsswaps betrug per Stichtag 31.12.2011 EUR 22,2 Mrd. (2010: EUR 19,0 Mrd.)

Die Vergleichszahlen 2010 stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010 in EUR Mio.	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Derivate als Sicherungsinstrumente designiert	Trading
Bis zu einem Monat	1.441,08	11,56	10,49
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	1.589,21	18,75	41,93
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	1.217,96	33,87	73,45
Mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	8.114,83	132,47	270,23
Mehr als fünf Jahre	4.936,93	81,44	161,24
Summe	17.300,02	278,09	557,35

Die Cashflows umfassen neben Tilgungs- auch Zinszahlungen. Für Verbindlichkeiten mit variablen Cashflows werden die zukünftig anfallenden Cashflows auf Basis von Forward-Sätzen ermittelt.

Bei der Zuordnung der Beträge wurde auf die vertragliche und nicht auf die erwartete Restlaufzeit abgestellt. Steht ein Rückzahlungstermin im Ermessen des Gläubigers, ist der Betrag dem Laufzeitband mit der frühest möglichen Rückzahlung zugeordnet. Zugesagte und noch nicht abgerufene Zahlungsverpflichtungen sind mit dem frühest möglichen Abrufdatum eingeordnet.

MARKTRISIKOMANAGEMENT

Zinsänderungsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen unterscheidet die KA grundsätzlich zwischen dem periodenorientierten Repricingrisiko und dem barwertorientierten Zinsänderungsrisiko.

Zum Zweck der effizienten Steuerung des Zinsrisikos und des Nettozinsertrags verfügt die KA über ein Analyse- und Simulationsinstrument (Zins-Gap-Struktur je Währung, Zins-VaR, Sensitivitätsanalysen, Simulationstransaktionen), das die Prognose und gezielte Steuerung des Gesamtbankzinsrisikos aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen,

der GuV-Sensitivität des IFRS-Fair-Value-Bestandes sowie des periodischen Nettozinsinsertrages ermöglicht. Für die Berechnung des Zins-VaR wird der Varianz/Covarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von 20 Handelstagen und einem Konfidenzintervall von 95 % angewandt, wobei gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Das Portfolio der KA beinhaltet weitgehend Positionen mit klar definierter Zins- und Kapitalbindung. Nicht lineare Risiken sind in der Regel vollständig abgesichert; offene Positionen sind eng limitiert und überwacht. Private Spareinlagen mit der Notwendigkeit zur Modellierung von Zins- und Kapitalbindungen bestehen keine. Nicht lineare Risiken, soweit nicht abgesichert, werden in einer Szenarioanalyse quantifiziert und zum Zins-VaR addiert. Die Risikoquantifizierung erfolgt in der KA unter Verwendung des voll integrierten SAP/SEM-IT-Systems.

Im Rahmen der Zinsrisikosteuerung im ALCO und RMC werden die Gapstrukturen je Währung analysiert und die Preissensitivität der Gesamtposition sowie die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Perioden-Nettozinsinsertrag (Repricingrisiko) für verschiedene Szenarien quantifiziert. Das Repricingrisiko wird täglich für die Hauptwährungen der KA (EUR, USD, CHF, JPY) gemessen und dem Treasury als Steuerungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Bei der Steuerung unterscheidet die KA zwischen den Teilportfolios:

- unterjährige Zinsposition („Kurzfrist-ALM“)
- überjährige Zinsposition („Langfrist-ALM“)
- Eigenkapitalveranlagungsportfolio („Eigenkapital-Buch“)
- IFRS-Fair-Value-Position

Zur täglichen Steuerung der kurzfristigen, unterjährigen Zinsrisikoposition wurde 2011 ein Analyse- und Steuerungs-Tool entwickelt, welches ein effizientes Management des Repricingrisikos je Währung ermöglicht. Seit Jänner 2012 ist dieses Tool im Echtbetrieb und bildet eine verbesserte Basis für die Steuerung der unterjährigen Zinsrisikoposition („Kurzfrist-ALM“).

Als technische Entscheidungsunterstützung stehen in der RMC-Sitzung dynamische Simulationsmöglichkeiten für Steuerungsmaßnahmen je Währung sowie zur Ermittlung der Auswirkung von Steuerungsentscheidungen auf die Risiko- und Performancekennzahlen zur Verfügung.

Das Zinsänderungsrisiko aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen wird wöchentlich operativ in Sitzungen des ALCO und monatlich in Sitzungen des RMC überwacht und gesteuert. Zu diesem Zweck wird das barwertige Zinsänderungsrisiko des gesamten Bankbuches sowie der IFRS-GuV-wirksamen Zinsrisikoposition nach Währungen analysiert und berichtet.

Jährlicher Nettozinsinsertragseffekt aus dem Repricingrisiko der KA per 31.12.2011 in Mio. EUR bei einem parallelen Zinsanstieg der kurzfristigen Zinsen um +100 BP:

EUR	USD	CHF	Sonstiges	Gesamt
-0,2	-0,6	-0,4	0,2	-1,0

Barwertiges Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der KA per 31.12.2011 in Mio. EUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
-22,0	-0,7	-5,6	-10,3	1,5	-37,1	-17,3

Barwertiges Zinsänderungsrisiko der IFRS-GuV-wirksamen Zinsrisikoposition der KA per 31.12.2011 in Mio. EUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
3,0	0,7	0,0	0,5	0,0	4,1	-1,8

Die Vergleichszahlen 2010 stellen sich wie folgt dar:

Jährlicher Nettozinsertragseffekt aus dem Repricingrisiko der KA per 31.12.2010 in Mio. EUR bei einem sofortigen Zinsanstieg der kurzfristigen Zinsen um +100 BP:

EUR	USD	CHF	Sonstiges	Gesamt
-2,5	-1,7	-1,3	0,6	-4,8

Barwertiges Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der KA per 31.12.2010 in Mio. EUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
-11,4	-0,8	-4,7	-12,8	0,4	-29,3	-14,8

Barwertiges Zinsänderungsrisiko der IFRS-GuV-wirksamen Zinsrisikoposition der KA per 31.12.2010 in Mio. EUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
1,8	0,2	0,0	-0,1	-0,6	1,3	-1,0

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko ist das Risiko eines Verlustes in Fremdwährungspositionen, verursacht durch eine ungünstige Veränderung des Wechselkurses, wobei die offene Devisenposition die Differenz zwischen der Summe der Aktivpositionen und der Summe der Passivpositionen einer Währung ist.

Zur Messung des Risikos wird täglich ein VaR der offenen Devisenposition ermittelt, basierend auf dem Varianz/Kovarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von einem Handelstag und einem Konfidenzintervall von 99 %, wobei exponentiell-gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Der FX-VaR per 31.12.2011 beträgt EUR 0,02 Mio. (per 31.12.2010 EUR 0,01 Mio.).

Spreadänderungsrisiko

Das Spreadänderungsrisiko ist das Risiko von Wertverlusten durch marktbedingte Änderungen der Credit Spreads.

Das Credit-Spread-Risiko der IFRS-GuV bei einem Ausweiten der Spreads um einen Basispunkt beträgt EUR -2,7 Mio. per 31.12.2011 (per 31.12.2010 EUR -2,6 Mio.).

Optionspreissrisiko

Unter Optionsrisiko versteht die KA das Risiko von Marktveränderungen aus offenen Optionspositionen.

Zur Messung des Optionspreissrisikos wird eine Szenario-Matrix erstellt, bei der Zinsshifts (-/+ 50 BP), Volatilitätsshifts (-/+ 30 %) und kombinierte Shifts ermittelt werden. Der Worst Case aus dieser Szenarioanalyse für die IFRS-GuV per 31.12.2011 beträgt EUR -3,8 Mio. (per 31.12.2010 EUR -2,6 Mio.).

OPERATIONELLES RISIKO

In der KA wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, dass operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten sind, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank entstehen soll.

Ein Operational Risk Officer ist ernannt. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner in den jeweiligen Bereichen das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d. h. realisierte Gewinne / Verluste aufgrund operationaler Ereignisse werden in der Datenbank unter Einbindung des Linienmanagements erfasst. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KA als Coached Self Assessments durchgeführt, d. h. die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken.

Das Management wird tourlich über operationale Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

BUSINESS CONTINUITY MANAGEMENT

Das Business Continuity Management (BCM) stellt ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement sicher. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse. Im Berichtsjahr fand eine Notfallübung zur Überprüfung der Funktion des BCM statt.

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM (IKS)

Einleitung

Das IKS-System der Kommunalkredit Austria (KA) besteht aus den fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Ziel des IKS ist es, das Management in der Umsetzung effektiver und sich ständig verbessernder interner Kontrollen in Hinblick auf die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, der Zuverlässigkeit der betrieblichen Information sowie die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Prozesse zu unterstützen. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von erforderlichen Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet. Zu den wesentlichen Zielsetzungen gehören insbesondere die Sicherstellung einer korrekten und transparenten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von

Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KA hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung durch optimierte Prozesse einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten.

Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KA besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Zuständigkeiten innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit

Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese einzurichten sind.

Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Information sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass potenziellen Fehlern oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt ist bzw. diese entdeckt und korrigiert werden.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des IKS dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Information und Kommunikation

Die Bereiche der KA, insbesondere der Bereich Controlling bzw. der Bereich Rechnungswesen, berichten regelmäßig an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. An den Aufsichtsrat berichten zudem die Interne Revision sowie der Compliance Officer.

Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach vom Vorstand vorgegebenen Richtlinien, andererseits nach der von den jeweiligen Bereichen für wichtig erachteten Information.

Dem Aufsichtsrat wird auch ansonsten regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung, Budget sowie Kapitalplanungsrechnungen inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko des Bereichs Treasury, und Neugeschäftsanalysen des Vertriebsbereichs. Die Gesellschafter, Investoren und Marktpartner sowie die Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen gemäß der gesetzlichen Bestimmungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln will die KA eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und den Einklang mit den konzernweiten Vorschriften erlangen. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung der Follow-up-Maßnahmen überwacht.

Um die Einhaltung der Vorgaben auf Bankebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlichen Prüfplan der Internen Revision überwacht.

NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit in der Kommunalkredit

Nachhaltiges Wirtschaften, im Sinne eines ökonomisch, sozial und ökologisch verantwortungsvollen Handelns, wird in der Kommunalkredit Austria (KA) als wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Unternehmens betrachtet. Dies spiegelt sich auch im Leitbild der Bank wider:

„Die Kommunalkredit macht Projekte für soziale Infrastruktur, Energie, Umwelt und Verkehr nachhaltig erfolgreich.“

Basis dafür sind die drei zentralen Unternehmenswerte der KA „Engagement – Kompetenz – Nachhaltigkeit“.

Bereits 1997 war die KA mit dem Aufbau des Umweltmanagementsystems der erste Finanzdienstleister Europas, der die EMAS-Zertifizierung erhalten hat. Das Umweltmanagementsystem wurde über die Jahre immer mehr um soziale und ökonomische Aspekte erweitert und ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem aufgebaut. Der jährlich erscheinende Nachhaltigkeitsbericht wird in Einklang mit den Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) erstellt und entspricht dem Anforderungsniveau A+. Der Nachhaltigkeitsbericht ist gleichzeitig eine Umwelterklärung nach EMAS.

2011 wurde wiederum eine Vielzahl an Aktivitäten gesetzt, wobei in der KA ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in keinem Widerspruch zueinander gesehen werden.

Nachhaltigkeit im Fokus unserer Geschäftsfelder

Die KA als Kompetenzzentrum für das Kommunale baut ihr Kerngeschäft als spezialisierter Anbieter für das Kommunalfinanzierungsgeschäft sowie für kommunale und infrastrukturnahe Projektfinanzierungen und Projekte zur Förderung der sozialen Infrastruktur stetig weiter aus. Sie ist in diesem Segment damit gut positioniert und ihren Kunden verpflichtet, sie bei ihren wichtigen Aufgaben beim Aufbau und der Erhaltung öffentlicher Infrastruktur zu unterstützen.

In allen Kernsegmenten – Energie & Umwelt, soziale Infrastruktur und Verkehr – wurden im Jahr 2011 wichtige Initiativen umgesetzt. Siehe dazu auch Seite 20 dieses Berichts.

Die Zielsetzung für die Zukunft ist, Nachhaltigkeitsaspekte noch bewusster in den Kerngeschäftsbereichen zu integrieren. Eine neu entwickelte Checkliste für die Evaluierung von Projekten in Hinblick auf deren ökologische und soziale Auswirkungen verankert diesen Zugang noch stärker in der täglichen Praxis.

Nachhaltigkeit im Fokus unseres Betriebs

2011 ist es gelungen, die ökologischen Kennzahlen weiter zu stabilisieren bzw. zu verbessern. Wobei in allen Bereichen auf laufende Optimierung und Bewusstseinsbildung gesetzt wird. So ist z. B. der größte Stromverbraucher im Haus die IT-Infrastruktur. Ein wichtiger Schritt in deren Optimierung ist der 2011 vorbereitete Umstieg auf eine virtuelle Desktop-Infrastruktur. Die schrittweise Umstellung der Arbeitsplätze hat Anfang 2012 begonnen. Neben der damit verbundenen Energieeinsparung können auch der Ressour-

ceneinsatz vermindert und die Flexibilität erhöht werden. Am Arbeitsplatz kommen statt PCs nur noch sogenannte „Thin Clients“ zum Einsatz, die weniger Strom verbrauchen und aus deutlich weniger Komponenten zusammengesetzt sind.

Nachhaltigkeit im Fokus unserer Kommunikation

Mit internen Veranstaltungen und Aktionen richtet sich das Nachhaltigkeitsteam an die Kolleginnen und Kollegen, um auf das Thema Nachhaltigkeit – nicht nur in der KA, sondern auch im privaten Umfeld – aufmerksam zu machen. So wurden auch 2011 wieder an der Aktion zum Autofreien Tag teilgenommen und die Initiative „Kino im Haus“ weitergeführt, bei der aktuelle Filme mit Bezug auf ökologische und soziale Themen gezeigt werden.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der KA ist, strategische Themen aufzuzeigen und zu diskutieren. Wesentlich dabei ist die Veranstaltungsreihe „Kommunaler Dialog“; kommunale Anliegen, vor allem im Infrastrukturbereich gemeinsam mit internationalen Experten/innen und namhaften Vertretern/innen aus Wirtschaft und Wissenschaft, werden aus theoretischer, wirtschaftspolitischer und praktischer Perspektive diskutiert. Der erste Dialog wurde im November 2011 gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) organisiert und fand unter dem Titel „Anforderungen an eine zukunftsfähige Infrastruktur aus Sicht eines hoch entwickelten Industrielandes“ statt. Die Folgeveranstaltung zum Thema „Pflege: Privat – Staat“ fand im März 2012 statt.

Der umfassende Nachhaltigkeitsbericht 2011 inkl. dem Maßnahmenplan 2012 sowie den ökologischen und sozialen Kennzahlen steht unter www.kommunalkredit.at/ Nachhaltigkeit als Download zur Verfügung.

COMPLIANCE UND GELDWÄSCHE

Der von der Kommunalkredit Austria (KA) unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KA verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines

Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KA in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KA die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die lau-

fende Wartung der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung unternehmensweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche der KA ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten

„Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns der KA. Das Monitoring der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung einer entsprechend aktuellen Umsetzung. Der Compliance Officer berichtet quartalsweise direkt an den Aufsichtsrat.

PROGNOSEBERICHT

Das abgelaufene Geschäftsjahr war von massiven Marktverwerfungen geprägt. Für das Jahr 2012 wird für die makroökonomische Gesamtlage ab Mitte des Jahres weltweit ein zunehmendes Wachstum erwartet. Für den Euro-Raum wird vor dem Hintergrund der Sparprogramme der öffentlichen Haushalte mit einer verhaltenen Entwicklung gerechnet. Die Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte wird wesentlich vom Erfolg der Europäischen Stabilitätsprogramme (EFSF, ESM) sowie der Nachhaltigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen der europäischen Länder abhängig sein. Die Prognosen für den Euro-Raum zeigen jedenfalls weiterhin stark divergierende Entwicklungen einzelner Länder. Vor diesem Hintergrund wird für den Euro-Raum laut Institut für Höhere Studien (IHS) ein leichter BIP-Rückgang von -0,2 % prognostiziert. Für 2013 wird ein Wachstum von 1,2 % erwartet. In den USA ist hingegen ein deutlich stärkeres Wachstum von 2,5 % bzw. 2,3 % für die Jahre 2012 bzw. 2013 vorhergesagt. Die Prognosen des IHS erwarten für 2012 bzw. 2013 ein reales Wirtschaftswachstum von 0,8 % bzw. 1,7 % für Österreich.

In Folge der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), u. a. durch die Drei-Jahrestender (LTRO – Long-term Refinancing Operation) im Dezember 2011 bzw. Februar 2012, haben sich die Geld- und Kapitalmärkte zunächst stabilisiert, wobei die Aktienmärkte im ersten Quartal 2012 deutlich positive Kursentwicklungen zeigten. Im Finanzsektor ist jedoch weiterhin von einer anhaltend volatilen Situation auszugehen. Das Zinsniveau sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen vorerst auf niedrigem Niveau stabil bleiben.

In Folge der 2011 zunehmend angespannten Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf eine Reihe von Maßnahmen geeinigt. Der im März 2012 beschlossene

„Fiskalpakt“ zielt auf eine verbesserte Haushaltsentwicklung ab. Die Verankerung von Schuldenbremsen in den Verfassungen sowie strenge Kontrollen bzw. Sanktionsmöglichkeiten von Schuldenländern sind dabei vorgesehen. Das vorgezogene Inkrafttreten sowie eine Aufstockung des ESM (European Stability Mechanism) per Juni 2012 sind geplant. In Kombination mit den bestehenden Programmen, insbesondere des EFSF (European Financial Stability Facility), sollen die Unterstützungsmöglichkeiten für betroffene Euro-Mitgliedstaaten auf über EUR 800 Mrd. erhöht werden. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird insbesondere in der zweiten Jahreshälfte für die tatsächliche Marktverfassung für europäische souveräne Risiken bestimmend sein.

Die Kommunalkredit Austria (KA) ist mit dem neuen Geschäftsmodell in diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld strategisch sehr gut positioniert. In Folge der angespannten budgetären Situation kommunaler und öffentlicher Haushalte sowie dem Erreichen öffentlicher Verschuldungsgrenzen ist eine Erweiterung der Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastrukturinvestitionen dringend erforderlich. Situationsspezifische, auf die Bedürfnisse der jeweiligen Kundensituation ausgerichtete Lösungsansätze sind dabei notwendig und bilden den Kern des Dienstleistungsangebotes der KA.

Die KA wird auf dieser Basis ihre ertragsorientierte, auf nachhaltige und problemlösungsorientierte Kundenbeziehungen ausgerichtete Marktstrategie konsequent fortsetzen. Der Fokus liegt auf projektmäßig strukturierten Lösungen, wodurch eine höhere Kostentransparenz über den gesamten Lebenszyklus von Projekten gegeben ist. Dies ist im Hinblick auf die anhaltende Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung im Management öffentlicher Budgets ein wichtiger Faktor.

Wesentliche Dienstleistungen in diesem Zusammenhang sind:

- Beratung in der Projektplanung und -entwicklung
- umfassende Finanzierungslösungen
- Entwicklung von Beteiligungskonzepten
- Förderungsberatung

Nachdem das Jahresergebnis 2011 wesentlich durch die einmalige Belastung aus der Umschuldung griechischer Staatsanleihen geprägt war, welche durch das über Budget liegende operative Ergebnis nicht kompensiert werden konnte, erwartet die KA für das laufende Geschäftsjahr 2012 wieder ein positives Jahresergebnis. Die KA steht dabei voll im Wettbewerb des Marktes und bezieht keinerlei öffentliche Unterstützung. Die KA hat sich erfolgreich als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung positioniert. Zusätzlich wird das Jahr

2012 durch die Umsetzung des vom Ministerrat im November 2011 beschlossenen Privatisierungsauftrages geprägt sein. Während das Marktumfeld für Bankprivatisierungen insgesamt als schwierig einzustufen ist, werden der Vorstand und das Management der Bank diese Maßnahmen bestmöglich unterstützen. Die Reprivatisierung der Bank ist eine wesentliche Zielsetzung des Restrukturierungsplanes und ist als Chance der KA für die Zukunft zu sehen.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KA werden sich den Bedürfnissen der Kunden und Marktpartner sowie den gestellten Aufgaben aus der anstehenden Privatisierung weiterhin mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude widmen.

Wien, 18. April 2012

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES AN DIE HAUPTVERSAMMLUNG

Die strategische Repositionierung der Kommunalkredit konnte im Jahr 2011 erfolgreich fortgesetzt werden, die Aktivitäten der Kommunalkredit waren weiterhin voll auf den Ausbau ihres Status als Österreichs Bank für Infrastruktur konzentriert. Die Bank bietet Lösungen für kommunale und infrastrukturnahe Projekte in den Segmenten soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt, Verkehr und Förderungsmanagement für umwelt- und klimarelevante Projekte über die Tochter Kommunalkredit Public Consulting (KPC) an. Der Aufsichtsrat unterstützt die neue strategische Ausrichtung der Bank vollinhaltlich, sie bildet eine solide Basis für die Weiterentwicklung der Kommunalkredit Austria AG.

Das operative Ergebnis der Bank lag im abgelaufenen Geschäftsjahr über Budget. Das Jahresergebnis ist in Folge der Umschuldung griechischer Staatsanleihen negativ.

Am 31.03.2011 hat die Europäische Kommission ihre formale Zustimmung zum Restrukturierungsplan der Kommunalkredit erteilt, womit auch die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der Kommunalkredit unter den Kriterien des EU-Wettbewerbsrechts anerkannt worden ist. Zur Überwachung der Einhaltung der Kommissionsauflagen wurde ein Monitoring Trustee bestellt, der seither halbjährlich an die Kommission über die Einhaltung aller Auflagen des Zusagenkatalogs berichtet.

Mit Beschluss des Ministerrats vom 29.11.2011 wurde der Privatisierungsauftrag für die Kommunalkredit an die Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG) erteilt. Mit Übertragungsvereinbarung vom 17.02.2012 wurden die von der Republik Österreich an der Kommunalkredit Austria AG gehaltenen Aktien treuhändig an die FIMBAG Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes, Wien, übertragen.

Der Aufsichtsrat hat seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben in sechs ordentlichen und einer konstituierenden Aufsichtsratssitzung wahrgenommen. Ebenso wurden jeweils zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Vergütungsausschusses abgehalten. In diesen, wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen über den Geschäftsverlauf, über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik wurde der Aufsichtsrat laufend unterrichtet. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich – nach Ablauf der Funktionsperiode und anschließender Wiederwahl aller Mitglieder durch die Hauptversammlung – im Mai 2011 neu konstituiert; der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wurden dabei in deren Funktion bestätigt und die sonstigen Mandate verlängert.

Der Aufsichtsrat hat den bisherigen Vorstand, Mag. Alois Steinbichler, Vorsitzender des Vorstandes, und Mag. Andreas Fleischmann, Mitglied des Vorstandes, per 07.11.2011 auf eine Funktionsdauer von fünf Jahren wiederbestellt.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 20.04.2012 den Jahresabschluss 2011 gebilligt, dieser ist damit festgestellt. Weiters wurde der Konzernabschluss zum 31.12.2011 samt Lagebericht geprüft und ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat

Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 20. April 2012

EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG

EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG

Aktiva in EUR	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		419.309.376,14	163.605.224,69
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	4.1.	714.270.236,17	1.036.018.496,13
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	714.270.236,17		1.036.018.496,13
3. Forderungen an Kreditinstitute	4.2.	1.466.611.327,68	1.349.140.343,45
a) täglich fällig	786.780.202,63		514.715.932,88
b) sonstige Forderungen	679.831.125,05		834.424.410,57
4. Forderungen an Kunden	4.3.	9.941.939.639,75	10.085.644.103,83
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.4.	783.500.811,21	873.480.724,47
a) von öffentlichen Emittenten	492.219.908,01		463.373.620,40
b) von anderen Emittenten	291.280.903,20		410.107.104,07
darunter: eigene Schuldverschreibungen	18.515.925,46		18.504.065,12
6. Beteiligungen	4.5.	70,00	70,00
darunter: an Kreditinstituten	0,00		0,00
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.5.	6.339.848,12	6.339.848,12
darunter: an Kreditinstituten	0,00		0,00
8. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	4.6.	655.123,01	165.990,74
9. Sachanlagen	4.6.	2.027.403,43	1.911.066,60
10. Sonstige Vermögensgegenstände	4.7.	1.458.649.414,70	1.427.311.956,83
11. Rechnungsabgrenzungsposten	4.8.	33.313.476,71	29.204.802,61
Summe Aktiva		14.826.616.726,92	14.972.822.627,47
Posten unter der Bilanz			
1. Auslandsaktiva		5.888.067.379,98	5.847.475.501,60

Passiva in EUR	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.9.	1.977.348.663,92	1.064.038.220,52
a) täglich fällig	92.769.337,28		52.911.685,01
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.884.579.326,64		1.011.126.535,51
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.10.	1.510.385.162,34	1.580.736.612,25
Sonstige Verbindlichkeiten			
darunter:			
aa) täglich fällig	6.834.545,93		1.118.550,38
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.503.550.616,41		1.579.618.061,87
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	4.11.	10.619.648.315,12	11.540.974.346,99
a) begebene Schuldverschreibungen	8.686.707.203,67		9.591.764.488,71
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.932.941.111,45		1.949.209.858,28
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.12.	297.066.613,35	262.747.843,13
5. Rechnungsabgrenzungsposten	4.13.	32.371.615,33	26.483.352,94
6. Rückstellungen	4.14.	31.338.897,72	18.049.487,47
a) Rückstellungen für Abfertigungen	2.295.641,88		1.974.140,47
b) Rückstellungen für Pensionen	5.676.001,76		5.807.766,01
c) Steuerrückstellungen	0,00		1.545.233,58
d) Sonstige	23.367.254,08		8.722.347,41
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	4.15.	67.525.194,90	67.527.328,62
8. Ergänzungskapital	4.16.	9.940.521,96	11.775.738,36
9. Partizipationskapital	4.17.	138.373.250,00	138.373.250,00
10. Gezeichnetes Kapital	4.18.	225.337.092,86	225.337.092,86
11. Kapitalrücklagen	4.19.	8.973.626,53	8.973.626,53
a) gebundene	0,00		0,00
b) nicht gebundene	8.973.626,53		8.973.626,53
12. Gewinnrücklagen	4.20.	508.709,84	508.709,84
a) gesetzliche Rücklage	508.709,84		508.709,84
b) andere Rücklagen	0,00		0,00
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	4.21.	27.297.017,96	27.297.017,96
14. Bilanzverlust/-gewinn		-119.497.954,91	0,00
Summe Passiva		14.826.616.726,92	14.972.822.627,47

Passiva in EUR	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Posten unter der Bilanz			
1. Eventualverbindlichkeiten	5.1.	136.344.882,12	163.653.614,28
darunter:			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten	136.344.882,12		163.653.614,28
2. Kreditrisiken	5.2.	400.967.825,18	420.538.208,07
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG		353.059.109,12	505.495.756,45
darunter: Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z. 7 BWG	0,00	0,00	165.177,68
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG		193.520.607,77	207.814.034,63
darunter: erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z. 1 und 4 BWG	193.520.607,77		207.648.856,95
5. Auslandspassiva		11.446.810.106,14	12.622.472.521,05

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER KOMMUNKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG

in EUR	Anhang		01.01. bis 31.12.2011	01.01. bis 31.12.2010
1. Zinsen und ähnliche Erträge			972.238.643,80	936.966.735,24
darunter:				
aus festverzinslichen Wertpapieren		71.871.664,45		75.309.717,97
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			924.754.817,89	891.364.851,74
I. ZINSEERGBNIS	7.1.1.		47.483.825,91	45.601.883,50
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen			1.524.100,00	344.300,74
a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00		0,00
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.524.100,00		344.300,74
4. Provisionserträge	7.1.2.		2.048.598,77	2.104.353,66
5. Provisionsaufwendungen	7.1.2.		1.271.691,21	1.443.149,62
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften			123.479,44	39.438,78
7. Sonstige betriebliche Erträge	7.1.4.		22.244.642,94	17.198.020,42
II. BETRIEBSERTRÄGE			72.152.955,85	63.844.847,48
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	7.1.3.		34.622.072,43	35.562.358,68
a) Personalaufwand	7.1.3.1.	21.683.586,86		22.347.780,40
darunter:				
aa) Gehälter		15.897.738,10		15.661.614,76
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge		3.743.517,17		3.557.995,99
cc) Sonstiger Sozialaufwand		609.484,72		575.466,85
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		1.018.911,49		949.894,23
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung		-131.764,25		1.059.050,73
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen		545.699,63		543.757,84
b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	7.1.3.2.	12.938.485,57		13.214.578,28
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 8 und 9 enthaltenen Vermögensgegenstände			296.880,52	142.906,06
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.1.5.		16.489.523,75	3.163.393,85
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN			51.408.476,70	38.868.658,59
IV. BETRIEBSERGEBNIS			20.744.479,15	24.976.188,89

in EUR	Anhang		01.01. bis 31.12.2011	01.01. bis 31.12.2010
11.	Erträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		29.292.799,49	-33.913.005,42
	davon Veränderung Vorsorge nach § 57 Abs.1 BWG	32.100.000,00		-27.000.000,00
12.	Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	7.1.6.	-169.381.324,30	10.824.943,16
V.	ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		-119.344.045,66	1.888.126,63
13.	Außerordentliche Erträge		0,00	0,00
14.	Außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00
15.	Außerordentliches Ergebnis		0,00	0,00
16.	Steuern vom Einkommen	7.1.7.	-116.947,09	-1.776.280,63
17.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen	7.1.7.	-36.962,16	-111.846,00
VI.	JAHRESFEHLBETRAG		-119.497.954,91	0,00
18.	Rücklagenbewegung	Dotierung (-) Auflösung (+)		
		0,00 0,00	0,00	0,00
	darunter:			
	Dotierung/Auflösung der Haftrücklage	0,00 0,00		0,00
	Dotierung/Auflösung der Kapitalrücklagen	0,00 0,00		0,00
VII.	JAHRESVERLUST		-119.497.954,91	0,00
19.	Ausschüttung auf das Partizipationskapital		0,00	0,00
20.	Gewinnvortrag		0,00	0,00
VIII.	BILANZVERLUST		-119.497.954,91	0,00

ANHANG ZUM EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG

1. Allgemeine Informationen

Die Kommunalkredit Austria AG mit Sitz in Wien, Türkenstraße 9, (im Folgenden KA) ist als Spezialbank auf öffentliche Infrastrukturfinanzierung und das kommunale Projektgeschäft fokussiert. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 45776v beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KA entstand im Zuge einer Restrukturierung, die nach der Notverstaatlichung der KA alt (Kommunalkredit Austria AG vor Spaltung) infolge der Finanzkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die KA übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft umfasst. Die KA Finanz AG, Wien, (im Folgenden KF) behielt das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (im Folgenden KIB)). Rechtstechnisch erfolgte dieser Vorgang durch eine Abspaltung

des Kerngeschäftes der KA alt in die Tochtergesellschaft Kommunalkredit Depotbank AG (KDB) und Auskehrung der Anteile an die Eigentümer der KA. Spaltungsstichtag war der 30.06.2009. Die finale Genehmigung zum Restrukturierungsplan wurde am 31.03.2011 durch die Europäische Kommission erteilt und wurde mit den damit verbundenen Auflagen für die Kommunalkredit Austria AG unter http://ec.europa.eu/eu_law/state_aids/comp-2011/sa32745-2011nn.pdf veröffentlicht.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KA, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten. Die KA ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG. Die Erstellung eines Konzernabschlusses der KA nach IFRS erfolgt gemäß § 59a BWG. Dieser Konzernabschluss wird beim Firmenbuch des Handelsgerichts Wien hinterlegt.

2. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für

Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

3.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

3.2. Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

3.3. Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Zusätzlich erfolgt die Berechnung einer pauschalen Einzelwertberichtigung. Für die Ermittlung werden die finanziellen Vermögenswerte nach ihrem Risikoprofil in vergleichbare Gruppen eingeteilt. Auf Basis von Erfahrungswerten über Ausfälle in diesen Gruppen, die durch Expertenschätzungen an die aktuelle Wirtschaftssituation angepasst werden, wird diese Risikovorsorge unter Beachtung der „Loss Identification Period“ (LIP) ermittelt. In der KA ergab sich auf Basis dieser Berechnung zum 31.12.2011 wie im Vorjahr kein Erfordernis zur Bildung einer entsprechenden Vorsorge.

3.4. Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet.

Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet.

Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung erfolgte mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen. Wertpapiere des Handelsbestandes werden mit dem Tageswert am Bilanzstichtag bewertet.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen.

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	17.397.585,04	25.374.857,15
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	12.415.642,40	12.709.258,46

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Reserven bzw. stille Lasten (ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert	1.291.028.726,59	1.610.338.734,63
Beizulegender Zeitwert	1.434.471.496,41	1.730.404.776,43
Stille Reserven	143.442.769,82	120.066.041,80

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert	1.309.605.383,68	1.398.413.835,93
Beizulegender Zeitwert	1.173.730.453,16	1.266.167.664,55
Stille Lasten	-135.874.930,52	-132.246.171,38

Die stillen Lasten resultieren im Wesentlichen aus Wertpapieren europäischer Staaten und Regionen, welche sich zum Teil im Deckungsstock für fundierte Emissionen befinden. Das Kreditrisiko der betroffenen Wertpapiere wird

regelmäßig analysiert und bewertet. Auf Basis dieser Analysen war eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 204 Abs. 1 Z 2 UGB nicht erforderlich, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.

Die stillen Lasten verteilen sich auf die folgenden Bilanzpositionen:

Stille Lasten in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Schuldtitel öffentlicher Stellen		
Buchwert	319.729.814,30	457.530.390,51
Beizulegender Zeitwert	256.190.970,91	367.132.201,74
	-63.538.843,39	-90.398.188,77
Forderungen Kreditinstitute		
Buchwert	0,00	44.000.000,00
Beizulegender Zeitwert	0,00	43.621.600,00
	0,00	-378.400,00
Forderungen Kunden		
Buchwert	511.330.618,93	549.113.881,01
Beizulegender Zeitwert	476.299.868,11	525.161.944,51
	-35.030.750,82	-23.951.936,50
Schuldverschreibungen öffentliche Emittenten		
Buchwert	290.525.433,25	170.454.020,82
Beizulegender Zeitwert	264.598.020,17	154.265.177,44
	-25.927.413,08	-16.188.843,38
Schuldverschreibungen andere Emittenten		
Buchwert	188.019.517,20	177.315.543,59
Beizulegender Zeitwert	176.641.593,97	175.986.740,86
	-11.377.923,23	-1.328.802,73

3.5. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

3.6. Sachanlagen

Sämtliche Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Ausnahme eines PKWs (Nutzungsdauer acht Jahre) und der Kunstgegenstände wird im Sinne einer konzerneinheitlichen Verwaltung in der Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH geführt. Die Bewertung erfolgte mit den um die planmäßigen Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten. Auf Kunstgegenstände wird keine planmäßige Abschreibung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis EUR 400,00 werden im Jahr ihrer Anschaffung im Anlagespiegel als Zugang gezeigt und voll abgeschrieben. Der Abgang erfolgt nach drei Jahren.

3.7. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich erworbene EDV-Software. Der Abschreibung wird eine Nutzungsdauer von drei bis vier Jahren zugrunde gelegt.

3.8. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17.11.2009 verzichtete die KA gegenüber der KF im Rahmen der Besserungsscheinstruktur auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Die KA hat diesen EUR 1 Mrd.-Geldmarkteinlageverzicht über eine EUR 1 Mrd. staatsgarantierte Anleihe mit Fälligkeit am 08.07.2013 refinanziert. Der Bes-

serungsschein sicherte der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich einer marktüblichen Verzinsung zu. Gleichzeitig schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft ab, welche der KA das jederzeitige Recht einräumt, den Besserungsschein, mit Wirkung zum Ende der Ausübungsfrist, i. e. 28.11.2012, zu einem Kaufpreis zum Nominale zuzüglich Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu übertragen. Für dieses Put-Recht übernahm die Republik Österreich gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler. Besserungsschein, Put-Option sowie Bürge- und Zahlerhaftung der Republik Österreich sind zusammenhängende Bestandteile der Besserungsscheinstruktur im Rahmen des Restrukturierungsplans der KA alt, wie er am 31.03.2011 von der EU-Kommission genehmigt wurde.

Die KA hat die Put-Option zum Verkauf des Besserungsscheins sowie die eingeräumte Bürge- und Zahlerhaftung der Republik Österreich vertragskonform Ende 2011 in Anspruch genommen. Die daraus resultierende Forderung der KA an die Republik Österreich mit Fälligkeit 28.11.2012 wurde zugleich bis 08.07.2013 gestundet und ist somit zeitgleich mit der Tilgung der EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierten Anleihe, welche die Besserungsscheinstruktur ursprünglich finanzierte, fällig. Im Zuge dieser Transaktion wurde der Besserungsschein direkt an die Republik Österreich übertragen.

3.9. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

3.10. Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbrieft Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Disagio/Agio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente über die Laufzeit ins Zinsergebnis linear verteilt.

Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

3.11. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Abfertigungspflichten und Jubiläumsgelder werden jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker

nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) in Übereinstimmung mit IAS 19 berechnet. Als Berechnungsgrundlagen wurden die „AVÖ 2008 P Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. Die wesentlichsten Parameter sind ein Rechnungszinssatz von unverändert 4,5 %, eine Steigerungsrate der Aktivbezüge und Pensionszahlungen von unverändert 2 %, ein Karrieretrend von unverändert 1,5 % sowie ein angenommenes Pensionsantrittsalter für Frauen von unverändert 60 Jahren und für Männer von unverändert 65 Jahren, unter Beachtung der Übergangsbestimmungen laut den Änderungen des ASVG gemäß Budgetbegleitgesetz 2003. Das Pensionsalter für Frauen wurde darüber hinaus unter Beachtung des „BVG Altersgrenzen“ angesetzt.

Die Pensionsanwartschaften sämtlicher aktiver Mitarbeiter/innen wurden auf eine Pensionskasse übertragen. Daher beinhalten die Rückstellungen für Pensionen nur Vorsorgen für das Risiko der Invalidität und für Witwenansprüche bei Aktivtod für zum Zeitpunkt der Übertragung bestandene Anwartschaften, Vorsorgen für Pensionszusagen, die das in der Pensionskasse angesammelte Deckungskapital übersteigen, sowie Vorsorgen für zum Zeitpunkt der Übertragung bestandene Pensionen. Die volle versicherungsmathematische Verpflichtung für Pensionen beträgt EUR 6.524.323,91 (31.12.2010: EUR 6.739.326,58), wovon Ansprüche in Höhe von EUR 848.322,15 (31.12.2010: EUR 931.560,57) in die Pensionskasse ausgelagert sind. Es ergibt sich somit – Überdeckungen in der Pensionskasse werden nicht angesetzt – ein Rückstellungsbetrag in Höhe von EUR 5.676.001,76 (31.12.2010: EUR 5.807.766,01). Alle versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden sofort ergebniswirksam gebucht.

Die Rückstellungen für am 01.01.2011 bereits im Ruhestand befindliche ehemalige Dienstnehmer/innen oder deren Hinterbliebene beliefen sich auf EUR 2.897.373,21 (31.12.2010: EUR 2.901.132,87).

Für Abfertigungsansprüche wurde eine Rückstellung in Höhe von EUR 2.295.641,88 (31.12.2010: EUR 1.974.140,47) und für Jubiläumsgeld in Höhe von EUR 214.778,22 (31.12.2010: EUR 210.153,16) gebildet.

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehender Verbindlichkeiten.

3.12. Derivate

Swappeschäfte des Bankbuches werden in der KA überwiegend zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bilanzierung als Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankenebene (Bilanzierung als Makrohedge) erfolgt. Für Derivate, die weder als Mikro- noch als Makrohedge abgeschlossen werden, gilt das Prinzip der Einzelbewertung, wonach bei einem negativen beizulegenden Zeitwert am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung gebildet und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Bewertungseinheiten) enthält die AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ Vorschriften, um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Ziel der Regeln zu Bewertungseinheiten ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen für Bewertungseinheiten anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KA durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft. Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen bzw. überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen

zwei Vergleichsstichtagen in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Die Sicherungsgeschäfte werden in der KA bis zum Laufzeitende der Grundgeschäfte abgeschlossen.

Im Fall von Makrohedges (Sicherung von offenen Portfolios) dürfen – als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung – gegenläufige, zinsinduzierte Ertragseffekte oder Wertsteigerungen bei der Bewertung einer Drohverlustrückstellung in Abzug gebracht werden. Werden negative Swapmarktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung. Aufgrund ihres Ausnahmeharakters ist die Anwendung dieser Bewertungsmethode an die Einhaltung formeller und materieller Bedingungen geknüpft:

- Vorliegen eines Absicherungsbedarfs hinsichtlich der Festzinslücken
- Bestehen einer Absicherungsstrategie
- qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument.

Die genannten Voraussetzungen werden von der KA erfüllt und dokumentiert.

Die mit den Swapkontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der GuV brutto dargestellt.

Swappeschäfte des Handelsbuches werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten nach der Barwertmethode (Abzinsung der zukünftigen Zahlungsströme) bewertet und unter den sonstigen Forderungen oder sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Da keine Handelsabsicht mehr bestand, wurden im Jahr 2011 sämtliche Swappeschäfte des Handelsbuches ins Bankbuch umgegliedert. Die Marktwerte im Zeitpunkt der Umgliederung werden über die Restlaufzeit der Derivate verteilt und werden unter den aktiven/passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Bei den umgegliederten Handelsbuchswaps handelte es sich um eine geschlossene Position.

Im Zeitpunkt der Umgliederung ergaben sich folgende Werte:

in EUR	31.12.2011
Umgegliederte Nominalbeträge Kaufkontrakte	280.036.659,51
Umgegliederte Nominalbeträge Verkaufkontrakte	-280.036.659,51
Positive Marktwerte der HB-Swaps	10.710.878,12
Negative Marktwerte der HB-Swaps	-10.662.644,85
Summe Marktwerte der HB-Swaps	48.233,27

4. Erläuterungen zur Bilanz

4.1. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen. Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2012 Werte im Nominale von EUR 30.561.107,06 (2011: EUR 47.741.954,80) fällig.

Es bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Am Bilanzstichtag ist ein Volumen von EUR 708.615.624,50 (31.12.2010: EUR 1.027.911.550,99) dem Anlagevermögen und ein Volumen von EUR 5.654.611,67 (31.12.2010: EUR 8.106.945,14) dem Umlaufvermögen gewidmet.

4.2. Forderungen an Kreditinstitute

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivativ-Geschäften (Collaterals)	750.481.546,38	471.517.661,90
Darlehen	635.580.485,56	710.673.213,51
Nicht börsennotierte Wertpapiere	44.356.675,75	44.358.630,14
Schwebende Geldbewegungen	20.100.923,28	681.676,61
Guthaben bei Kreditinstituten	16.091.696,71	26.409.161,29
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-4.500.000,00
Geldmarkt-Veranlagungen	0,00	100.000.000,00
Summe	1.466.611.327,68	1.349.140.343,45

Die in diesem Posten enthaltenen, nicht börsennotierten Wertpapiere in Höhe von EUR 44.356.675,75 (31.12.2010: EUR 44.358.630,14) sind zur Gänze dem Anlagevermögen gewidmet.

In der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ sind wie im Vorjahr keine Forderungen an verbundene Unternehmen, keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein

Beteiligungsverhältnis besteht, sowie keine Forderungen aus Wechseln enthalten. Zum 31.12.2011 gibt es wie im Vorjahr keine nachrangigen Forderungen an Kreditinstitute.

Die KA erhielt Sicherheiten in Form von Darlehen und Wertpapieren im Nominale von EUR 485.393.132,37 (31.12.2010: EUR 527.083.574,45) im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	786.780.202,63	514.715.932,88
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	3.228.181,96	123.360.529,89
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	530.206.120,95	288.525,31
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	91.758.015,84	659.246.493,86
d) Mehr als 5 Jahre	54.638.806,30	56.028.861,51
	679.831.125,05	838.924.410,57
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-4.500.000,00
Summe	1.466.611.327,68	1.349.140.343,45

Die Collaterals werden seit dem aktuellen Berichtsjahr unter den täglich fälligen Forderungen ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

4.3. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Darlehen	8.709.962.034,12	8.968.017.875,85
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.122.249.021,78	1.145.310.216,97
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat-Geschäften (Collaterals)	109.756.968,72	0,00
Einzelwertberichtigungen	-72.982,61	-83.988,99
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-27.600.000,00
Sonstiges	44.597,74	0,00
Summe	9.941.939.639,75	10.085.644.103,83
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	21.101.299,41	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	54.585.376,65	62.760.080,02
Forderungen aus Wechsel	8.750.945,02	0,00

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	102.614.469,86	3.997.282,60
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	243.939.509,44	192.093.093,87
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	476.938.874,65	437.235.079,14
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.509.906.379,91	2.555.125.419,37
d) Mehr als 5 Jahre	6.608.540.405,89	6.924.793.228,85
	9.839.325.169,89	10.109.246.821,23
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-27.600.000,00
Summe	9.941.939.639,75	10.085.644.103,83

Die Collaterals werden unter den täglich fälligen Forderungen ausgewiesen.

4.4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Alle in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	492.219.908,01	463.373.620,40
Wertpapiere von anderen Emittenten	291.280.903,20	410.107.104,07
Summe	783.500.811,21	873.480.724,47

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2012 Werte in Höhe von EUR 13.192.272,39 (2011: EUR 181.841.330,22) fällig.

Am Bilanzstichtag ist ein Volumen von EUR 783.500.811,21 (31.12.2010: EUR 873.480.724,47) dem Anlagevermögen gewidmet. Es gibt in diesem Posten wie im Vorjahr keine Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen oder dem Handelsbuch gewidmet sind.

In diesem Posten werden eigene Emissionen im Nominale von unverändert EUR 18.000.000,00 ausgewiesen.

Es bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Keine der im Bestand befindlichen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangig.

4.5. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (sämtliche sind nicht börsennotiert) einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist S. 66 zu entnehmen.

4.6. Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens

Die Entwicklung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögensgegenstände wird im Anlagenspiegel (S. 66) dargestellt.

4.7. Sonstige Vermögensgegenstände

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Forderung an die Republik Österreich/Besserungsschein	1.093.127.839,60	1.047.461.430,83
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	254.853.220,56	235.867.519,02
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	60.719.277,67	54.755.286,38
Abgrenzungen zwischen Spot-Rate und Forward-Rate bei FX-Swaps	32.933.750,93	65.691.641,00
Positive Marktwerte der Derivate des Handelsbuches	0,00	15.121.140,10
Bauzinsforderungen	4.115.475,46	4.475.431,65
Sonstiges	12.899.850,48	3.939.507,85
Summe	1.458.649.414,70	1.427.311.956,83
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	1.364.996.386,10	1.291.743.889,35

Details zur Forderung an die Republik Österreich im Zusammenhang mit dem Besserungsschein werden unter 3.8. Besserungsschein dargestellt.

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremd-

währungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber.

4.8. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	17.729.281,94	23.803.700,28
Abgrenzung Marktwerte aus der Umwidmung von Swaps vom Handels- ins Bankbuch	10.815.524,29	0,00
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	4.161.658,64	4.560.039,00
Sonstiges	607.011,84	841.063,33
Summe	33.313.476,71	29.204.802,61

Im Jahr 2011 wurden sämtliche Derivate des Handelsbuches ins Bankbuch umgegliedert. Die Marktwerte im Zeitpunkt der Umgliederung werden über die Restlaufzeit der Derivate verteilt.

4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	92.769.337,28	52.911.685,01
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	1.067.886.867,21	407.842.791,52
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	202.116.237,74	114.570.085,27
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	369.312.211,10	192.985.884,51
d) Mehr als 5 Jahre	245.264.010,59	295.727.774,21
	1.884.579.326,64	1.011.126.535,51
Summe	1.977.348.663,92	1.064.038.220,52

Die Collaterals werden seit dem aktuellen Berichtsjahr unter den täglich fälligen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die KA hat für Globaldarlehen und sonstige Refinanzierungsmittel der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg, Wertpapiere und Kommunaldarlehen in Höhe von

EUR 569.999.409,37 (31.12.2010: EUR 511.253.676,51) als Sicherheit gestellt.

Die KA hat für EZB-Tender zum 31.12.2011 Darlehen und Wertpapiere in Höhe von EUR 602.384.300,47 (31.12.2010: EUR 563.496.700,00) als Sicherheit gestellt.

4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	6.834.545,93	1.118.550,38
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	739.658.423,05	783.806.405,79
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	300.474.794,16	354.036.302,42
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	60.862.284,90	49.130.466,30
d) Mehr als 5 Jahre	402.555.114,30	392.644.887,36
	1.503.550.616,41	1.579.618.061,87
Summe	1.510.385.162,34	1.580.736.612,25

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind EUR 37.836.019,76 (31.12.2010: EUR 1.118.550,38) an Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

4.11. Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Jahr 2012 werden begebene Schuldverschreibungen mit Buchwerten in Höhe von EUR 1.491.319.513,00 (2011: EUR 1.582.336.564,10), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 148.299.189,13 (2011: EUR 84.616.042,60) fällig.

Für zum 31.12.2011 ausständige fundierte Emissionen der KA im Nominale von EUR 6.740.883.553,43 (31.12.2010: EUR 7.192.462.974,45) wurden Darlehen im Nominale von

EUR 7.703.582.142,08 (31.12.2010: EUR 7.322.842.941,81) und Wertpapiere im Nominale von EUR 1.460.533.580,45 (31.12.2010: EUR 1.940.281.057,53) einem Deckungsfonds zugeführt, über welchen nur unter Zustimmung eines Regierungskommissärs verfügt werden kann.

Weiters ist in dieser Position eine staatsgarantierte Eigenemission mit einem Nominale von EUR 1.000.000.000,00 und einer Laufzeit bis 08.07.2013 enthalten, die zur Refinanzierung des in der Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009 enthaltenen Forderungsverzichts gegenüber der KF dient und deren Aufwand über die Verzinsung des Besserungsscheins bis zum 28.11.2012 abgedeckt wird.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

4.12. Sonstige Verbindlichkeiten

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Zinsabgrenzungen von Derivaten	208.470.912,44	177.530.886,47
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	62.739.646,39	52.638.507,91
Negative Marktwerte der Derivate des Handelsbuchs	0,00	15.087.237,15
Abgrenzungen zwischen Spot-Rate und Forward-Rate bei FX-Swaps	11.923.035,37	11.472.374,61
Sonstige	13.933.019,15	6.018.836,99
Summe	297.066.613,35	262.747.843,13
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	222.403.931,59	183.549.723,46

4.13. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	14.901.616,77	19.414.840,94
Abgrenzung Marktwerte aus der Umwidmung von Swaps vom Handels- ins Bankbuch	10.755.059,68	0,00
Über die Laufzeit abgegrenzte Darlehensgebühren	2.770.389,13	2.752.858,82
Ausgabeagios von emittierten Schuldverschreibungen	3.944.549,75	4.315.653,18
Summe	32.371.615,33	26.483.352,94

Im Jahr 2011 wurden sämtliche Derivate des Handelsbuches ins Bankbuch umgegliedert (Details dazu unter 3.12. Derivate). Die Marktwerte im Zeitpunkt der Umgliederung werden über die Restlaufzeit der Derivate verteilt, die Auswirkung auf das Zinsergebnis 2011 beträgt EUR 22.393,26.

4.14. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für personalbezogene Aufwendungen in Höhe von EUR 3.002.127,41 (31.12.2010: EUR 3.424.570,87), Rückstellungen für Prüfungs-, Rechts- und Beratungsaufwand in Höhe von EUR 576.320,41 (31.12.2010: EUR 571.668,02) sowie Drohverlustrückstellungen für strate-

gische Swaps im Bankbuch in Höhe von EUR 147.422,26 (31.12.2010: EUR 0,00).

4.15. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten umfassen zum 31.12.2011 acht Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 65.000.000,00 (31.12.2010: EUR 65.000.000,00). Sie weisen eine Verzinsung von 4,67 % bis 5,4 % p. a. auf und haben eine Restlaufzeit zwischen neun und 35 Jahren. Im Jahr 2012 wird keine Emission fällig.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG.

WP-Nummer	Zinssatz in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
XS0271821513	5,4	30.10.2021	EUR	5.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	Nein
650439	4,67	23.02.2022	EUR	10.000.000,00	Keines	Nein
650440	4,67	23.02.2022	EUR	10.000.000,00	Keines	Nein
650444	5,08	09.02.2037	EUR	10.000.000,00	Möglich	Nein
650446	5,08	09.02.2037	EUR	800.000,00	Möglich	Nein
650447	5,08	09.02.2037	EUR	10.200.000,00	Möglich	Nein
650441	5,0175	07.03.2047	EUR	10.000.000,00	Möglich	Nein
650442	5,0175	07.03.2047	EUR	9.000.000,00	Möglich	Nein
				65.000.000,00		

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

4.16. Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital umfasst zum 31.12.2011 drei (31.12.2010: vier) in Euro begebene Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 9.861.360,00 (31.12.2010:

EUR 11.677.451,77). Sie weisen eine Verzinsung von 3,016 % bis 5,875 % p. a. auf und haben eine Restlaufzeit von bis zu zehn Jahren. Im Jahr 2012 wird eine Emission im Nominale von EUR 1.401.860,00 fällig.

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs. 7 BWG.

Wertpapier-Nummern	Zinssatz in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000320890A	5,875	19.11.2012	EUR	1.401.860,00	Keines	Nein
XS0284217709A	4,26	08.02.2019	EUR	2.417.000,00	Keines	Nein
XS0270579856A	3,016	25.10.2021	EUR	6.042.500,00	Emittent	Nein
				9.861.360,00		

Aufsichtsrechtlich orientiert sich die Ausschüttung auf Ergänzungskapital (gemäß § 23 Abs. 7 Z 2 BWG idF BGBl 1993/532) am Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung. Auf Basis des negativen Jahresergebnisses 2011 werden keine Ausschüttungen auf Ergänzungskapital im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 geleistet werden. Unabhängig von den vertraglichen Bestimmungen wurde in der Vereinbarung der Republik Österreich mit der EU-Kommission im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens beschlossen, dass die KA bis zur mittelfristig angestrebten Privatisierung keine Kupons auf ihr Ergänzungskapital leisten kann, weil sie im Rahmen eines kompensatorischen Eigenbeitrags in Höhe des ansonsten auszuweisenden Jahresüberschusses eine Vergütung an die Republik Österreich für die erhaltene Staatshilfe zu leisten hat. Dies wurde von der KA mittels Ad-hoc-Mitteilung bereits am 31.03.2011 bekannt gegeben.

4.17. Partizipationskapital

Das Partizipationskapital umfasst zum 31.12.2011 unverändert zum Vorjahr drei in Euro begebene Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 138.373.250,00.

Aufsichtsrechtlich orientiert sich die Ausschüttung auf Partizipationskapital am Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung. Auf Basis des negativen Jahresergebnisses 2011 werden keine Ausschüttungen auf Partizipationskapital im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 geleistet werden. Unabhängig von den vertraglichen Bestimmungen wurde in der Vereinbarung der Republik Österreich mit der EU-Kommission im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens beschlossen, dass die KA bis zur mittelfristig angestrebten Privatisierung keine Kupons auf ihr Partizipationskapital leisten kann, weil sie im Rahmen eines kompensatorischen Eigenbeitrags in

Höhe des ansonsten auszuweisenden Jahresüberschusses eine Vergütung an die Republik Österreich für die erhaltene Staatshilfe zu leisten hat. Dies wurde von der KA mittels Ad-hoc-Mitteilung bereits am 31.03.2011 bekannt gegeben.

4.18. Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt zum 31.12.2011 EUR 225.337.092,86. Die Republik Österreich hält 30.938.843 Stückaktien, das sind 99,78 % der Anteile, der Österreichische Gemeindebund hält 68.216 Stückaktien oder 0,22 % der Anteile. Jede Stückaktie ist am Grundkapital im gleichen Ausmaß beteiligt. Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile. Jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 7,27 am Grundkapital. Es gibt keine genehmigten Anteile.

4.19. Nicht gebundene Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage bleibt im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 8.973.626,53 unverändert.

4.20. Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage bleibt im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 508.709,84 unverändert.

4.21. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG

Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 27.297.017,96 und erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse.

5. Positionen unter der Bilanz

5.1. Eventualverbindlichkeiten

Der unter der Bilanz ausgewiesene Betrag betrifft ausschließlich gegebene Haftungen in Höhe von EUR 136.344.882,12 (31.12.2010: EUR 163.653.614,28). In den Eventualverbindlichkeiten ist eine Haftung in Höhe von EUR 257.200,00 gegenüber verbundenen Unternehmen sowie eine Haftung in Höhe von EUR 1.350.000,00 gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

5.2. Kreditrisiken

Die Kreditrisiken betreffen offene Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft in Höhe von EUR 400.967.825,18 (31.12.2010: EUR 420.538.208,07). Darin enthalten sind offene Rahmen für verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 3.900.000,00 und für Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von EUR 737.886,29.

6. Ergänzende Angaben

6.1. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höhe von EUR 2.891.912.782,24 (31.12.2010: EUR 3.202.034.539,11) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 3.932.433.681,73 (31.12.2010: EUR 4.067.688.946,26). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

6.2. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten (einschließlich Ergänzungskapital) betragen im Berichtsjahr 2011 EUR 3.305.548,76 (31.12.2010: EUR 3.503.255,49).

6.3. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen:

31.12.2011 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	22.157.349.912	1.063.551.387	-1.750.913.439
Währungsswaps	544.395.287	85.993.284	-124.076.034
Devisentermingeschäfte	2.041.009.747	30.774.522	-9.710.394
Summe	24.742.754.976	1.180.319.193	-1.884.699.867

31.12.2010 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	19.032.711.560	844.292.274	-1.181.990.583
Währungsswaps	574.190.216	71.792.573	-96.258.915
Devisentermingeschäfte	2.610.196.667	63.236.705	-9.002.514
Summe	22.217.098.443	979.321.552	-1.287.252.012

Die barwertige Bewertung der Swaps (Interest-Rate-Swaps, Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps, FX-Swaps) erfolgt in den Basissystemen auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung aktueller Zinskurven. Dabei wird auch der Effekt durch Basisswap-Spreads berücksichtigt. Eingebettete Optionalitäten werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet. Dabei finden Hull-White- und Libor-Market-Modelle im Zinsbereich Anwendung sowie Jarrow-Yildirim-Modelle für inflationsgelinkte Derivate. Outright-Optionen sind zum 31.12.2011 wie im Vorjahr nicht vorhanden.

Als Sicherheit für negative Marktwerte an Derivatgeschäften wurden Guthaben mit einem Nominale von EUR 750.100.000,00 (31.12.2010: EUR 471.300.000,00) bei Kreditinstituten und Guthaben mit einem Nominale von EUR 109.700.000,00 (31.12.2010: EUR 0,00) bei Kunden (Nichtbank-Finanzinstitute) gestellt. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Sicherheiten mit einem Nominale von EUR 92.720.000,00 (31.12.2010: EUR 51.520.000,00) enthalten.

Für Absicherungsswaps im Zusammenhang mit Griechenland-Grundgeschäften wurden mangels Effektivität der Sicherungsbeziehung Drohverlustrückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts zum 31.12.2011 von EUR 18.764.682,15 gebildet. Den negativen Marktwerten der Swaps auf Makroebene stehen höhere positive, zinsinduzierte Erträge der abgesicherten Grundgeschäfte gegenüber, weshalb auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung verzichtet werden konnte. Für Swaps die weder als Mikro- noch als Makrohedge abgeschlossen wurden, ist eine Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 147.422,26 (31.12.2010: EUR 0,00) unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

6.4. Handelsbuch

Zum 31.12.2011 enthält das Handelsbuch aufgrund der 2011 erfolgten Umgliederung der Handelsbuchswaps ins Bankbuch keine Finanzinstrumente.

Das Volumen zum 31.12.2010 der im Handelsbuch enthaltenen Finanzinstrumente stellt sich wie folgt dar:

31.12.2010 in EUR	Kaufkontrakte	Verkaufskontrakte	Marktwert
Wertpapiere	0	0	0
Zinsswaps	178.562.433	178.562.433	33.904
Summe	178.562.433	178.562.433	33.904

6.5. Rechtsstreitigkeiten

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Das im Vorjahr berichtete Verfahren als belangter Verband im Sinne des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes wurde mittlerweile eingestellt.

6.6. Sonstige Verpflichtungen

a. Spaltungshaftung

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Kernbankbetriebes der KA alt auf die KA besteht nach dem Spaltungsgesetz eine Haftung für die bis zur Eintragung der Spaltung im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien

(28.11.2009) begründeten Verbindlichkeiten. Nach dieser Regelung haftet die KA neben der Gesellschaft, der diese Verbindlichkeiten nach dem Spaltungsplan zugeordnet wurden (KF), bis zur Höhe des ihr zugeordneten Nettoaktivvermögens (Wert der der haftenden Gesellschaft zugeordneten aktiven Vermögensteile abzüglich Wert der ihr zugeordneten Verbindlichkeiten) als Gesamtschuldner.

Für Verbindlichkeiten aus nachrangigen Anleihen der KF im Gesamtausmaß von EUR 13.453.456,68 haftet die KA ohne Beschränkung auf das Nettoaktivvermögen (§ 15 Abs. 3 SpaltG).

b. Sonstige Verpflichtungen

Aufgrund von Mietverträgen (mit verbundenen Unternehmen) ergeben sich im Jahr 2012 Verpflichtungen in Höhe von EUR 2.129.700,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2012 bis 2016 betragen voraussichtlich EUR 10.967.800,00.

Die KA ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien, verpflichtet.

6.7. Latente Steuern

Vom Wahlrecht der Aktivierung von latenten Steuern gemäß § 198 (10) UGB in Höhe von EUR 511.278,39 (31.12.2010: EUR 475.582,96) wurde nicht Gebrauch gemacht.

7. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7.1. Darstellung der wesentlichen GuV-Positionen

7.1.1. Nettozinsertrag

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2011	2010
Kreditgeschäft	382.700.982,65	323.860.975,24
Bankveranlagungen	22.804.999,91	67.790.341,35
Festverzinsliche Wertpapiere	71.871.664,45	75.309.717,97
Swap-Ertrag	494.860.996,79	470.005.700,68
Summe Zinserträge	972.238.643,80	936.966.735,24

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2011	2010
Einlagengeschäfte	-82.711.678,96	-60.033.106,95
Eigene Emissionen	-377.700.976,30	-414.559.037,44
Swap-Aufwand	-464.342.162,63	-416.772.707,35
Summe Zinsaufwendungen	-924.754.817,89	-891.364.851,74

Summe Nettozinsertrag	47.483.825,91	45.601.883,50
------------------------------	----------------------	----------------------

Die Zinsaufwendungen und -erträge aus Zinsabsicherungsswaps werden brutto in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen gezeigt und nicht mit jenen der Grundgeschäfte saldiert.

7.1.2. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2011	2010
Kreditgeschäft	1.665.727,05	1.840.959,82
Wertpapiergeschäft	7.871,72	162.592,33
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	375.000,00	100.801,51
Summe Provisionserträge	2.048.598,77	2.104.353,66

Provisionsaufwendungen in EUR	2011	2010
Kreditgeschäft	-320.755,50	-434.410,07
Wertpapiergeschäft	-670.856,87	-665.445,47
Geld- und Devisenhandel	-280.078,84	-271.896,41
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	0,00	-71.397,67
Summe Provisionsaufwendungen	-1.271.691,21	-1.443.149,62

Summe Provisionsergebnis	776.907,56	661.204,04
---------------------------------	-------------------	-------------------

7.1.3. Verwaltungsaufwand

in EUR	2011	2010
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-34.622.072,43	-35.562.358,68
Personalaufwand	-21.683.586,86	-22.347.780,40
Sachaufwand	-12.938.485,57	-13.214.578,28

7.1.3.1. Personalaufwand

In der Position „Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen“ sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von EUR 224.198,22 (2010: EUR 240.690,71) enthalten.

7.1.3.2. Sachaufwand

in EUR	2011	2010
Dienstleistungen Dritter	-2.717.192,99	-2.140.523,78
Raumkosten	-2.361.504,68	-2.291.926,70
Datenverarbeitung	-1.849.702,66	-1.701.502,48
Werbung und Repräsentation	-1.832.278,63	-1.927.865,17
Konsultations- und Prüfungskosten	-1.472.743,51	-2.472.389,62
Nachrichtendienste	-1.458.961,73	-1.461.787,15
Sonstiger Sachaufwand	-1.246.101,37	-1.218.583,38
Summe vor Weiterverrechnung	-12.938.485,57	-13.214.578,28

7.1.3.3. Weiterverrechnete Verwaltungsaufwendungen

Die KA agiert als Dienstleister u. a. für die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien (KPC), und die KF. Die zu erbringenden Leistungen werden dabei in abgeschlossenen Service Level Agreements definiert. Für die erbrachten Leistungen wurden 2011 anhand von detaillierten Zeitauf-

zeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 12.189.978,57 (2010: EUR 15.429.636,12) weiterverrechnet. Der Rückgang zum Vorjahr ist insbesondere durch verstärkte Leistungen für die KF im Geschäftsjahr 2010 im Zusammenhang mit der Verschmelzung zwischen KF und KIB zurückzuführen.

7.1.4. Sonstige betriebliche Erträge

in EUR	2011	2010
Erlöse aus Weiterverrechnungen KF und KPC	12.189.978,57	15.429.636,12
Weiterverrechnung Zessionsgebühr KF	9.092.855,28	0,00
Sonstige	961.809,09	1.768.384,30
Summe sonstige betriebliche Erträge	22.244.642,94	17.198.020,42

Die Zessionsgebühr für die Übertragung des Besserungsscheins (siehe Erläuterungen unter 3.8. Besserungsschein) wird vertragsgemäß an die KF weiterverrechnet.

Österreich (siehe Erläuterungen unter 3.8. Besserungsschein) in Höhe von EUR 9.092.855,28, welche vertragsgemäß von der KF getragen wird. Der Ertrag aus der Weiterverrechnung an die KF ist in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten.

7.1.5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 16.489.523,75 (31.12.2010: EUR 3.163.393,85) beinhalten erstmals die seit 2011 eingehobene Stabilitätsabgabe in Höhe von EUR 7.396.668,47 und die Zessionsgebühr für die Übertragung des Besserungsscheins an die Republik

7.1.6. Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis

Das Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis (Positionen 11 und 12 der GuV) setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2011	2010
Drohverlustrückstellungen und Vorsorgen Republik Griechenland	-175.842.882,25	0,00
Veränderung Vorsorge gem. § 57 (1) BWG	32.100.000,00	-27.000.000,00
Sonstiges	3.654.357,44	3.911.937,74
Summe	-140.088.524,81	-23.088.062,26

Die KA verfügte zum 31.12.2011 über ein direktes Staatsobligo Griechenland im Nominale von EUR 224.168.794,83. Dieser Bestand konnte im 1. Quartal 2012 durch Verkäufe von EUR 74.168.794,83 auf EUR 150.000.000,00 reduziert werden. Dadurch konnte im Vergleich zum errechneten Wert der Tauschvereinbarungen zwischen dem Internationalen Bankenverband (IIF) und Griechenland (Private Sector Involvement – PSI II) eine Verlustreduktion von EUR 17.313,249,42 erzielt werden. Das verbleibende Obligo von EUR 150.000.000,00 wurde entsprechend den nachfolgend beschriebenen Bedingungen des PSI II, welche am 24.02.2012 festgelegt wurden, getauscht:

- Schuldverzicht Nominale in Höhe von 53,5 % (Juni 2011: lediglich Wertminderung von 21 % in Folge der Unterverzinsung getauschter Anleihen)

- Tausch in 31,5 % neue griechische Anleihen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren und einer Verzinsung von 2 % bis 4,3 % p. a.
- Tausch in 15 % EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität)-Anleihen mit ein bis zwei Jahren Laufzeit
- Besserungsrecht auf bis max. 1 % zusätzlichem Kupon auf neu getauschte Anleihen abhängig vom BIP-Wachstum Griechenlands
- Zahlung der Stückzinsen aushaftender alter Anleihen in Form von kurzfristigen EFSF-Anleihen
- Retroaktive Einführung von Collective Action Clauses (CACs) bei Anleihen nach griechischem Recht durch Griechenland am 23.02.2012 auf unter griechischem Recht begebene Anleihen
- Aufgabe des Prinzips der Freiwilligkeit durch Auslösung der CACs am 09.03.2012. Dies verursachte in Folge ein

Credit Event bei aushaftenden Credit Default Swaps/ CDS-Verträgen nach ISDA-Kriterien (International Swaps and Derivatives Association); Beschlussfassung durch ISDA am 09.03.2012

Die Beurteilung der Höhe der Wertminderungen zum 31.12.2011 erfolgte auf Basis dieser Tauschvereinbarungen bzw. unter Berücksichtigung der aus dem Verkauf erzielten Verkaufserlöse. Insgesamt wurden demnach 2011 ergebniswirksame Vorsorgen für Anleihen der Republik Griechen-

land von EUR 157.078.200,10 und Drohverlustrückstellungen für direkt im Zusammenhang stehende Zinsabsicherungsswaps von EUR 18.764.682,15 gebildet. Auf die Entwicklung zur Griechenland-Umschuldung wurde auch in der Ad-hoc-Mitteilung vom 09.03.2012 hingewiesen.

7.1.7. Steueraufwand

Der im Geschäftsjahr angefallene Steueraufwand betrifft ausschließlich den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb.

7.2. Darstellung der Umsatzerlöse nach geografischen Märkten (§ 237 UGB)

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2011	2010
Österreich	592.520.728,84	557.506.761,65
Westeuropa	279.284.311,82	270.054.364,12
Zentral- und Osteuropa	99.461.698,49	100.617.795,44
Übrige Welt	971.904,65	8.787.814,04
Summe	972.238.643,80	936.966.735,25

Provisionserträge in EUR	2011	2010
Österreich	718.602,60	1.018.920,17
Westeuropa	984.211,47	266.083,98
Zentral- und Osteuropa	345.784,70	819.349,51
Übrige Welt	0,00	0,00
Summe	2.048.598,77	2.104.353,66

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2011	2010
Österreich	22.244.642,94	15.810.395,60
Westeuropa	0,00	1.335.493,07
Zentral- und Osteuropa	0,00	52.131,75
Übrige Welt	0,00	0,00
Summe	22.244.642,94	17.198.020,42

8. Angaben über Organe und Arbeitnehmer

8.1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahres

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen beträgt 195 Personen (2010: 196). Alle Angaben sind inklusive zwei

Vorständen und ohne karenzierte Mitarbeiter/innen; Teilleistungskräfte werden gewichtet dargestellt.

8.2. Bezüge, Vorschüsse und Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat, Haftungen für diese Personen

Gesamtbezüge Vorstand und Aufsichtsrat in EUR	2011	2010
Aktive Vorstandsmitglieder	1.010.073,04	1.007.548,72
Abzgl. Weiterverrechnung an KF	-510.187,89	-580.952,59
Aktive Vorstandsmitglieder nach Weiterverrechnung	499.885,15	426.596,13
Aufsichtsratsmitglieder	27.000,00	22.500,00
Pensionszahlungen an frühere Vorstandsmitglieder (vor 1997)	296.413,80	291.028,62
Summe nach Weiterverrechnung	823.298,95	740.124,75

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF. Bezüge in Höhe von

EUR 510.187,89 (2010: EUR 580.952,59) wurden auf Basis des Service Level Agreements an die KF weiterverrechnet.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen in EUR	2011	2010
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	966.323,10	2.013.643,47
Andere Arbeitnehmer	466.523,77	539.059,33
	1.432.846,87	2.552.702,80

Zum 31.12.2011 waren keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KA.

8.3. Mitglieder des Vorstandes

Gewählt durch den Aufsichtsrat am 17.11.2009, per 07.11.2011 auf fünf Jahre wiederbestellt:

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

8.4. Mitglieder des Aufsichtsrates

Erstmalig gewählt durch die Hauptversammlung am 17.11.2009, in der ordentlichen Hauptversammlung am 19.05.2011 wiedergewählt:

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarktbeteiligung AG

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarktbeteiligung AG

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang

Dir. Mag. Werner Muhm
Direktor der Arbeiterkammer Wien und
Bundesarbeiterkammer

Dir. DI. Herbert Paiert
Exec. Vice President Cosma Europe/Magna

Dir. Mag. Georg Schöppel
Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

8.5. Staatskommissär

Dr. Edeltraud Lachmayer
Staatskommissärin, Bundesministerium für Finanzen

Mag. Elisabeth Ottawa (bis 31.08.2011)
Staatskommissärin-Stellvertreterin,
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Gerhard Gunz (seit 01.02.2012)
Staatskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen

8.6. Regierungskommissär

Als Regierungskommissäre des Deckungsstockes für fundierte Schuldverschreibungen waren 2011 bestellt:

Mag. Peter Istjan
Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen

Mag. Peter Brandner
Regierungskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen

9. Ergebnisverwendung

Der zum 31.12.2011 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 119.497.954,91 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

10. Konzernbeziehungen

Die KA ist zu 99,78 % im Eigentum der Republik Österreich. Sie ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG.

Wien, 18. April 2012

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31.12.2011

Name und Sitz	Kapitalanteil 31.12.2011 in %	Eigenkapital 31.12.2011 in EUR 1.000
I. Beteiligungen		
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- 1)
II. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH, Wien	100,00 %	15.060,4
Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien	90,00 %	1.045,9
Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH, Wien	100,00 %	- 1)

1) wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2011

Anlagevermögen in EUR	Stand 01.01.2011	Fremdwährungs- umrechnung	Stand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge
1. Schuldtitel öffentlicher Stellen	1.011.684.963,24	2.970.003,67	1.014.654.966,91	0,00	106.235.363,91
2. Forderungen an Kreditinstitute	44.000.000,00	0,00	44.000.000,00	0,00	0,00
3. Forderungen an Kunden	1.152.267.456,03	21.841.793,75	1.174.109.249,78	38.125.522,16	95.005.941,20
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	855.597.770,44	4.182.928,92	859.780.699,36	49.844.399,98	198.041.400,45
5. Beteiligungen	70,00	0,00	70,00	0,00	0,00
6. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.339.848,12	0,00	6.339.848,12	0,00	0,00
7. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2.631.648,71	0,00	2.631.648,71	702.517,86	188.405,05
8. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.336.063,63	0,00	2.336.063,63	199.831,76	44.969,90
	3.074.857.820,17	28.994.726,34	3.103.852.546,51	88.872.271,76	399.516.080,51

Anschaffungskosten 31.12.2011 in EUR 1.000	Buchwert 31.12.2011 in EUR 1.000	Kumulierte Abschreibung in EUR 1.000	Periodenüberschuss nach Steuern 31.12.2011 in EUR 1.000	Letzter geprüfter Jahresabschluss
0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
5.943,3	5.943,3	0,0	487,2	31.12.2011
346,5	346,5	0,0	379,2	31.12.2011
50,0	50,0	0,0	- ¹⁾	-

Umgliederungen	Stand 31.12.2011	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2011	Buchwert 31.12.2011	Buchwert 31.12.2010	Abschrei- bungen 2011	Zuschrei- bungen 2011
-93.864.969,85	814.554.633,15	122.937.082,94	691.617.550,21	1.004.432.736,31	117.380.642,92	0,00
0,00	44.000.000,00	0,00	44.000.000,00	44.000.000,00	0,00	0,00
3.239.446,61	1.120.468.277,35	7.325.853,82	1.113.142.423,53	1.119.161.042,50	4.600.277,70	0,00
90.625.523,24	802.209.222,13	32.335.085,52	769.874.136,61	859.156.355,74	36.308.491,22	0,00
0,00	70,00	0,00	70,00	70,00	0,00	0,00
0,00	6.339.848,12	0,00	6.339.848,12	6.339.848,12	0,00	0,00
0,00	3.145.761,52	2.490.638,51	655.123,01	165.990,74	213.385,59	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	2.490.925,49	463.522,06	2.027.403,43	1.911.066,60	83.494,93	0,00
0,00	2.793.208.737,76	165.552.182,85	2.627.656.554,91	3.035.167.110,01	158.586.292,35	0,00

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Kommunalkredit Austria AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2011, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften

und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2011 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a Abs. 2 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a Abs. 2 UGB sind zutreffend.

Wien, 18. April 2012

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer



Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Kommunalkredit Austria AG Einzelabschluss 2011

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte **Jahresabschluss** der Kommunalkredit Austria AG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und

die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, April 2012

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Kommunalkredit Austria AG
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0) 1/31 6 31
www.kommunalkredit.at